

Transport in den Tod

Die Ermordung jüdischer Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg

Am 15. April 1940 forderte ein Erlass des Reichsinnenministeriums alle zuständigen Stellen im Deutschen Reich auf, innerhalb von drei Wochen Angaben über die jüdischen Patientinnen und Patienten in privaten und öffentlichen Anstalten zu übermitteln.¹

Für Norddeutschland ergaben die Rückmeldungen, dass in fünf staatlichen Hamburger Anstalten 98 und in acht Schleswig-Holsteinischen, darunter auch Privateinrichtungen, insgesamt 59 Jüdinnen und Juden lebten. Entsprechende Meldungen aus Mecklenburg liegen nicht vor.

Nach der Erfassung der jüdischen Anstaltspatientinnen und -patienten sollten diese in größeren staatlichen Sammelanstalten zusammengefasst werden, für Norddeutschland wurde die Heil- und Pflegeanstalt in Hamburg-Langenhorn als Sammelanstalt bestimmt, in der bereits 54 jüdische Patientinnen und Patienten lebten.

Bis zum 18. September 1940 trafen zusätzlich sieben Menschen aus der Langenhorner Zweiganstalt Gut Düssin in Mecklenburg und 24 aus Hamburger Versorgungsheimen ein. Aus Schleswig-Holstein wurden aus den großen Heilanstalten in öffentlicher oder diakonischer Trägerschaft Rickling, Neustadt, Schleswig-Stadtfeld, Lübeck-Strecknitz und Lübeck-Vorwerk sowie aus verschiedenen kleinen privaten Einrichtungen in den Kreisen Segeberg, Rendsburg, Plön und Pinneberg 47 Frauen und Männer nach Langenhorn verlegt. Aus Mecklenburger Anstalten kamen zwei Männer, ein Patient kam aus Marburg. Im Falle einer Patientin (Henriette Meyer) ist nicht bekannt, ob sie schon länger in Langenhorn lebte oder dorthin erst für den Transport nach Brandenburg überführt wurde.

1 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 309 Nr. 3517.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 15. April 1940.

IV g 5717/40
5106

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

REGIERUNG
19. 4. 40

NW 7, Unter den Eichen 72
Fernsprecher: 12 00 34
Telegraphenamt: Reichsinnenminister.

LM 563-A-79
19
248/2439

Betrifft: Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten aller Art.
Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 11. Oktober 1939 - I M 563 A 19-.

38
24/4

Hierdurch ersuche ich bei den mir als in Frage kommend
gemeldeten Anstalten Nachfrage zu halten, wieviel Juden
(getrennt nach Männern und Frauen), die an Schwachsinn oder
einer Geisteskrankheit leiden, dort untergebracht sind. Das
Feststellungsergebnis ist mir in einer Aufstellung binnen
3 Wochen vorzulegen.

Im Auftrag

[Handwritten Signature]

An

den Herrn Regierungspräsidenten

in Schleswig.

Erlass des Reichsministers des Innern vom 15. 4. 1940 zur Erfassung von Juden in Anstalten

LAS

Der Regierungs-Präsident
IM 563-A-19

Schleswig, den 21. V. 1940

1.) Die
Kreu gegen Rumpfenimpf
des Bundes
in
Bergien N. 70: 40

Absendestelle
Erhalten und abgesetzt
22. MAI 1940

Kanzlei

Handauftragung
zur Befreiung der jüdischen Pflegeanstellung.
für den 15. April 1940 - IV g 5717/40-5106.
Lagerort: Ob. Reg. u. - m. Post Nr. 100.

Nr.	Name des Anstalt	Postanschrift	Reisender oder Träger der Anstalt	Anzahl der Plätze (Betten)	Untergebrachte Juden	
					männlich	weiblich
1	Freiwillige Arbeitsdienst	Lübbeck	Post	861	13	9
2	Jugendheim in Pflegeheim Vorwerk	Lübbeck Vorwerk	Wohnung Vorwerk Jugendheim	300	7	3
3	Landl. jüdische Pflegeanstalt Nematadt 1/4	Nematadt 1/4 Holst.	Arbeitsanstalt Lübbeck - Jüdisch	1394	3	8
4	Sanatorium Pflegeheim Log	Schellhorn b. Proetz	Sanatorium Log	32	-	1
5	Private Irrenanstalt Friedhofsfeld	Pinneberg b. Rendsburg	Irrenanstalt Blansen	17	-	3
6	Landesheilanstalt	Schleswig Rindfeld	Arbeitsanstalt Lübbeck - Jüdisch	1678	-	2
7	Irrenanstalt Kopp	Kopp b. Schleswig	Irrenanstalt Kopp	430	-	8
8	Ricklinger Anstalten	Rickling 1/4 Holst.	Landesheilanstalt Pinneberg Lübbeck - Jüdisch Lübbeck, Holst. 1935	910	1	1

2.) 30. 11. 1940
#

Kanzlei

7. 11.

L 20 1/2 20/10

Meldung aus Schleswig-Holstein

LAS

31

Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg
Allgemeine Abteilung
- 15 -

den 25. Juni 1940
ab: 26.6.1940
Ludorf

1) schreiben an:

An den
Herrn Reichsminister des Innern
Berlin Nr. 7
Unter den Linden 72

Betrifft: Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten aller Art.
Bezug: Erlaß vom 15. 4. 1940 -IV g 5917/40 -5106-.

/ Hierneben übersende ich eine Aufstellung über die in den Heil- und
Pflegeanstalten untergebrachten Juden, die an Schwachsinn oder ei-
ner Geisteskrankheit leiden.



2) zum Vorgang



Besendenderhof 41, Fernspr.: 24 28 30

Meldung der Jüdinnen und Juden in Hamburger Anstalten vom 25. Juni 1940 durch die „Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg, Allgemeine Abteilung – 15 –“

Evangelische Stiftung Alsterdorf, Archiv

A u f s t e l l u n g

über die in den Heil- und Pflegeanstalten unter-
gebrachten Juden, die an Schwachsinn oder einer
Geisteskrankheit leiden.
(Erlaß des Reichsministers des Innern vom 15.4.1940
-IV g 5717/40 -5105-.)

Lfd.Nr.	Name der Anstalt	Postanschrift	Schwachsinn		Geisteskrankheit	
			Män- ner	Frau- en	Män- ner	Frau- en
1	Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn	Hamburg- Langenhorn 1 Langenhorn- chausee	3 ✓	5 ✓	27 ✓	31 ✓
2	Alsterdorfer Anstalten	Hamburg 39 Alsterdorfer- straße 420	-	-	-	- ✓
3	Psychiatrische und Nerven-Klinik der Hamburgischen Universität	Hamburg 22 Elbecktal	-	-	2 ✓	3 ✓
4	Versorgungsheim Oberaltenallee	Hamburg 22 Oberaltenallee 60	1 ✓	3 ✓	1 ✓	1 ✓
5	Versorgungsheim Parasen	Hamburg- Parasen	4 ✓	5 ✓	3 ✓	6 ✓
6	Versorgungsheim Aberhoffstraße	Hamburg 21 Aberhoffstraße 5	-	1 ✓	-	2 ✓
7	Nervenheilanstalt "Eichenhain"	Hamburg 19 Eichenstraße 34	-	-	-	-
8	Versorgungsheim Hörderstraße	Hamburg-Altona Hörderstr. 34	-	-	-	-
9	Versorgungsheim Bettnerstraße	Hamburg-Harburg Bettnerstr. 6	-	-	-	-
10	Versorgungsheim Holstenhof	Hamburg-Hands- beck	-	-	-	-

138

A b s c h r i f t ! f.d.A.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 30. August 1940.

IV g 6662/40
5106

An das
Mecklenburgische Staatsministerium
Abteilung Medizinal-Angelegenheiten
in Schwerin.

Betrifft: Verlegung geisteskranker Juden.

Der noch immer bestehende Zustand, dass Juden mit Deutschen in Heil- und Pflegeanstalten gemeinsam untergebracht sind, kann nicht weiter hingenommen werden, da er zur Beschwerden des Pflegepersonals und von Angehörigen der Kranken Anlass gegeben hat. Ich beabsichtige daher, (den) die in den (r) nachbezeichneten Anstalten - Anstalt - untergebrachten Juden am 23. September 1940 in eine Sammelanstalt zu verlegen. Für diese Verlegung kommen nur Volljuden deutscher oder polnischer Staatsangehörigkeit sowie staatenlose Volljuden in Frage. Juden anderer Staatsangehörigkeit (auch Protektoratsangehörige) sind ebenso wie Mischlinge 1. und 2. Grades in diese Aktion nicht einzubeziehen.

Der Abtransport erfolgt an dem genannten Tage aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn. Zur Sicherung der Transporte sind die in Frage kommenden Geisteskranken zum 18. September 1940 aus ihren derzeitigen Unterbringungsanstalten in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zu überstellen. Auf die Innehaltung dieses Termins muss ich besonderen Wert legen, da ein Abtransport verspätet eingelieferter geisteskranker Juden mit grossen Mühen und Ausgaben verbunden ist. Falls Unterschiede zwischen dem bisherigen Verpflegungssatz und dem in der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn erhobenen auftreten, wird der Unterschiedsbetrag von der Gemeinnützigen Krankentransport-GmbH., Berlin W 9, Potsdamer Platz 1, übernommen werden.

Nach den mir zugegangenen Berichten sollen sich in folg. Anstalt (en) nachstehend aufgeführte Juden befinden. Falls in der Zwischenzeit Änderungen eingetreten und weitere Zugänge erfolgt sind, sind die z.Zt. in der (den) Anstalt (en) befindlichen

Erlass des RMI vom 30. August 1940 zur „Verlegung“ aller Jüdinnen und Juden nach Hamburg-Langenhorn bis 18. September 1940

LHAS

befindlichen Juden (vgl. Abs. 1) zu überstellen.

Heil- und Pflegeanstalt Sachsenberg 1 Jude.

Ich bitte, die vorgenannten Anstalten - Anstalt -
mit Weisung im Sinne dieses Erlasses zu versehen.

Im Auftrag
gez. Unterschrift.

3 M 3033 a/c. In Abschrift

- a) der Direktion der Heil- und Pflegeanstalten
Sachsenberg-Lewenberg
zur weiteren Veranlassung und zum Bericht über die
erfolgte Ausführung.
 - b) der Direktion der Heil- und Pflegeanstalt Gehlsheim,
 - c) " " " " " " Domjüch
- zur Kenntnisnahme und, falls dort Juden der genannten
Art untergebracht sein sollten, zur weiteren Veran-
lassung und zum Bericht über die erfolgte Ausführung.

Schw., d. 4. 9. 40.

St. M., Abt. Med. Angel.

I. A.

gez. Unterschrift.

Übersicht über die in der Sammelanstalt Langenhorn zusammengeführten Jüdinnen und Juden*		
Herkunftsanstalt	Anzahl	Lage der Anstalt
Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn (diese Menschen lebten bereits in Langenhorn)	54	Hamburg
Gut Düssin (Zweiganstalt der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn)	7	Mecklenburg
Versorgungsheim Farmsen	17	Hamburg
Versorgungsheim Oberaltenallee	5	Hamburg
Versorgungsheim Averhoffstraße	2	Hamburg
Privat-Irrenanstalt Friedrichsfeld bei Rendsburg	3	Schleswig-Holstein
Erziehungs- und Pflegeheim Lübeck Vorwerk	10	Schleswig-Holstein
Heilanstalt Lübeck-Strecknitz	20	Schleswig-Holstein
Ricklinger Anstalten	1	Schleswig-Holstein
Landes-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt	10	Schleswig-Holstein
Landesheilanstalt Schleswig-Stadtfeld	2	Schleswig-Holstein
Sanatorium Schellhorner Berg bei Preetz	1	Schleswig-Holstein
Heil- und Pflegeanstalt Schwerin Sachsenberg	1	Mecklenburg
Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz	1	Mecklenburg
Landesheilanstalt Marburg	1	Hessen
Unbekannt	1	
Insgesamt	136	

*Nach eigenen Berechnungen.

Diese 136 Menschen wurden am 23. September 1940 aus Langenhorn mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Der jüngste unter ihnen war Erich Stein mit 13 Jahren, Friederike Marmorek war mit 82 Jahren die älteste.

Max Plaut, Leiter des Zwangsverbandes „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, Bezirksstelle Hamburg, berichtete nach dem Kriege über diesen Transport: „Eines Tages erging an den Verfasser als Leiter der jüdischen Gemeinde beziehungsweise der Bezirksstelle der Reichsvereinigung sowie in seiner Eigenschaft als vom Gericht bestellter Vormund der entmündigten Lilly L. seitens eines Inspektors aus der Staatskrankenanstalt Langenhorn die telefonische Mitteilung, dass die jüdischen Anstaltsinsassen in eine andere Anstalt ‚verlegt‘ werden sollen. Auf die Rückfragen wohin, wann und auf wessen Veranlassung, erfolgte die lakonische Antwort ‚darüber kann ich nicht sprechen‘. Auf wiederholte Bitten wurde seitens diese[s] Inspektors allen Angehörigen der Anstaltsinsassen eine besondere Besuchserlaubnis erteilt. Auch eine zusätzliche Versorgung wurde genehmigt. Verfasser dieses [Berichts] suchte am gleichen Tage die Anstalt auf; die Betreuung der jüdischen Insassen in diesen Anstalten gab zu keinen Klagen und Beanstandungen Anlass. Ein Versuch, Einzelheiten zu



Güterbahnhof Ochsenzoll (Nachkriegsaufnahme)

Privatarchiv Hans Rehders

erfahren war erfolglos, da die Anstaltsleitung selbst nur wusste, dass die Kranken am nächsten Tag per Bahn abtransportiert würden. [...] Am nächsten Tage wurden die Betroffenen im Krankenwagen des Roten Kreuzes auf einem Güterbahnhof in einen aus Krankenwagen bestehenden mit der Flagge des Roten Kreuzes versehenen Zug verladen. Der Zug war ein moderner Krankentransportzug mit ärztlichem und sonstigem Pflegepersonal.²

Bis heute ist Max Plauts Bericht der einzig bekannte über den Abtransport vom 23. September 1940. Offenbar wurden die Menschen zunächst mit Bussen von der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn zum wenige Kilometer entfernten Güterbahnhof Ochsenzoll gebracht und von dort mit der Bahn weiter transportiert.

Max Plaut fuhr in seinem Bericht fort: „Eine weitere Rücksprache mit dem Inspektor der Anstalt, die streng vertraulich (weil für ihn gefährlich) geführt wurde, ergab, dass auf Anweisung des Reichssicherheitshauptamtes zwecks Aufhebung der ‚unerwünschten‘

2 Yad Vashem (YV) 01/53 Max Plaut, Die Juden in Deutschland 1941–1943, S. 19 f.; vgl. auch Meyer, Tödliche Gratwanderung, S. 115 ff.

gemeinsamen Betreuung von jüdischen und arischen Patienten, die Verlegung der jüdischen Kranken in das staatliche Krankenhaus in Cholm in Polen durch die ‚Transportgesellschaft Columbus‘ durchgeführt werden sollte.³ Der Inspektor bemerkte, er habe ebenso wie seine Mitarbeiter die feste Überzeugung gewonnen, nicht zuletzt aus der mit Sorgfalt und Fürsorge vorbereiteten Durchführung des Transportes, dass es sich um eine seriöse Angelegenheit handele und dass etwaige jüdische Befürchtungen nicht am Platze seien. [...] Dass auch der Beamte der Gestapo an diese Verlegung glaubte, erhellt die Tatsache, dass er dem Schreiber dieses [Berichts] offiziell erlaubte mit den Deportierten Fühlung zu nehmen. Briefe an den Ältesten der Juden in Lublin und in Cholm, mit der Bitte die jüdischen Kranken aus Norddeutschland in der ‚Staatskrankenanstalt Cholm‘ zu besuchen und gegebenenfalls auf Kosten der Angehörigen zusätzlich zu betreuen, wurden damit beantwortet, dass es in Cholm eine derartige Anstalt nicht gebe, auch nicht in Lublin, überhaupt sei von einer derartigen Anstalt im besetzten Polen nichts bekannt.“

Max Plauts Information, dass eine Krankenanstalt in Cholm (polnisch Chełm) nicht existiere, stimmte. In Chełm, einer kleinen Stadt im damaligen Generalgouvernement rund 70 Kilometer östlich von Lublin, hatte bis Anfang 1940 eine psychiatrische Anstalt existiert. SS-Männer hatten am 12. Januar 1940 fast alle Patienten ermordet und große Teile der Anstalt zerstört. Nach dem Massaker requirierte die SS den Hospital-Komplex und nutzte ihn fortan als Kaserne.⁴

Anders als gegenüber Max Plaut angedeutet, ging der Langenhorner Transport jedoch nicht nach Cholm/Chełm, sondern nach Brandenburg an der Havel. Während des Transportes durfte eine Patientin, Ilse Herta Zachmann, den Zug verlassen. Ihr Hamburger Rechtsbeistand hatte die Erlaubnis erwirkt, auf welche Weise wissen wir nicht. Sie lebte in den nächsten fast zwei Jahren in der Israelitischen Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke (Jacoby’sche Anstalt) in Bendorf-Sayn bei Koblenz und wurde von dort am 15. Juni 1942 deportiert (s. Biografie Ilse Herta Zachmann). Sie kam in dem Durchgangsghetto Izbica oder dem Vernichtungslager Sobibór ums Leben.

Der Langenhorner Transport erreichte am 23. September 1940 mit 135 Menschen sein Ziel. Auf die Ankunft weisen die Eintragungen hin, die der Leiter der „T4“-Tötungsanstalt, Irmfried Eberl, in seinem Taschenkalender vorgenommen hatte.⁵ Für Montag, den 23. September 1940 enthält der Kalender die Notiz „Hamburg-Langenhorn J“ (J für Juden).

3 Der von Max Plaut verwendete Begriff „Transportgesellschaft Columbus“ resultiert wahrscheinlich aus dem ersten kurzfristigen Standort der „Euthanasie“-Zentrale im Columbushaus am Potsdamer Platz 1. Gemeint war wohl die Tarnorganisation „Gemeinnützige Kranken-Transport-G. m. b. H.“.

4 <http://www.deathcamps.org/euthanasia/chelm.html> Liquidation of the Psychiatric Hospital in Chełm [3. 10. 2015].

5 HHStA WI Abt. 631a Nr. 210, Taschenkalender Irmfried Eberl. Dieser Kalender wurde 1948 mit vielen weiteren Originaldokumenten auf dem Dachboden von Eberls früherer Berliner Wohnung gefunden; vgl. Ley, Euthanasie-Anstalt Brandenburg, S. 72.

Die fiktive „Landes-Pflegeanstalt Brandenburg“ befand sich in dem ehemaligen Zuchthaus in Brandenburg an der Havel in der Neuendorfer Straße 90 im Zentrum der Stadt. Eine Pflegeanstalt hatte hier niemals bestanden. Das 1931 geschlossene Zuchthaus wurde nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten als Konzentrationslager und ab 1934 wieder als Strafanstalt genutzt. Nach seiner erneuten Stilllegung im Jahr 1939 übernahm die „T4“-Organisation den Gebäudekomplex und ließ einen Teil zur Tötungseinrichtung umbauen.⁶

Vom Bahnhof Brandenburg wurden die Menschen aus dem Hamburger Transport mit Bussen in diese Mordanstalt gebracht.⁷

Ein bei der Organisation „T4“ beschäftigter Transportbegleiter berichtete später über die Ankunft und Abfertigung eines der Berliner Transporte, die ähnlich verlaufen sein dürften: „Der Transport ging nach Brandenburg, zu dem in der Stadtmitte gelegenen Zuchthaus [...] [dort] wurden die Personen nach Geschlecht getrennt in Zellen untergebracht [...] sofort nach der Ankunft wurden jeweils immer 20 Personen aus den Zellen geholt [...] [diese] mußten sich völlig nackt ausziehen, da ihnen gesagt wurde, daß sie vor Verlegung in einem anderen Bau baden und ungezieferfrei gemacht werden mußten. Zuerst hat man die Frauen und Kinder zu der bevorstehenden Vergasung herangezogen. Um die kranken Menschen nicht zu beunruhigen, wurden sie von Ärzten oberflächlich untersucht und mußten anschließend in einen Raum treten, in dem Holzpritschen standen und [...] der aussah wie ein Baderaum. Bevor jedoch die untersuchten Personen in den Raum gingen, bekamen sie einen Nummernstempel mit fortlaufender Nummer aufgedrückt. Wenn nun die vorgesehene Zahl von Personen in dem ‚Baderaum‘ war, wurde die Tür verschlossen. An der Decke des Raumes waren in Form von Brausen Installationen angebracht, durch welche man Gas in den Raum ließ. Nach etwa 15–20 Minuten wurde das Gas aus dem Raum abgelassen, da man durch den Spion festgestellt hatte, daß sämtliche Personen nicht mehr am Leben waren. Nun hat man auf Grund der aufgedruckten Nummer die Personen festgestellt, bei denen zuvor bei der Untersuchung festgestellt wurde, daß sie Goldzähne hatten. Den Toten wurden die Goldzähne ausgebrochen.“⁸

In den ersten Monaten der „T4“-Aktion, bis Juli 1940, wurden die Körper der Ermordeten in zwei aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen herbeigeschafften Öfen auf dem Gelände der Tötungsanstalt mitten in der Stadt Brandenburg verbrannt. Diese standen anfangs in der „Anstaltsscheune“, im Raum direkt hinter der Gaskammer, abgetrennt durch eine eiserne Doppeltür.

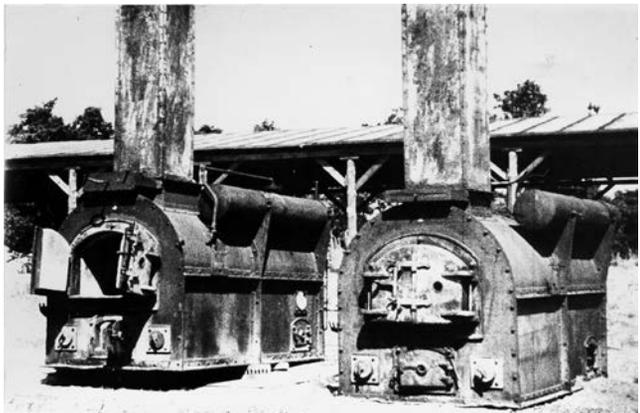
6 Ley, Euthanasie-Anstalt Brandenburg, S. 58.

7 Astrid Ley, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, mündlich am 28. 1. 2016.

8 Zitiert nach Michael Wunder/Ingrid Genkel/Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Hamburg 1987, S. 58.



Mordstätte Anstaltsscheune
Gedenkstätte Brandenburg/Havel



Krematoriumsöfen
Gedenkstätte Sachsenhausen

Es kam vor, dass Flammen aus dem zu kurzen Schornstein schlugen und von benachbarten Wohnhäusern aus deutlich zu sehen waren. Zudem entstand beißender Geruch. Um Unruhe in der Bevölkerung zu vermeiden und die Vorgänge geheim zu halten, wurde die Verbrennungsanlage im Juli 1940 in die nahe gelegenen Ortschaft Paterdamm an der heutigen Bundesstraße 102 verlegt. Das dortige Grundstück war als „chemische Versuchsstation“ getarnt und durch einen hohen Bretterzaun gegen jeglichen Einblick abgeschirmt.

Mit „Probetötungen“ im Januar 1940 war getestet worden, wie in kürzester Zeit möglichst viele Menschen zu Tode gebracht werden könnten. Neben der Vergiftung von Kranken mit Kohlenmonoxid wurden auch einige mit Giftspritzen ermordet. Auf der Grundlage dieser Versuche fiel die Entscheidung schließlich auf das Tötungsverfahren mit Kohlenmonoxid, das ab Februar bis September 1940 in Brandenburg angewandt und auch in allen anderen fünf Mordanstalten der ersten „Euthanasie“-Phase praktiziert wurde.⁹

Die „T4“-Zentrale setzte alles daran, die Gasmorde in Brandenburg sowie in den anderen „T4“-Tötungsanstalten zu verheimlichen und den Schein einer Übersiedlung der jüdischen Psychatriepatientinnen und -patienten nach Polen aufrechtzuerhalten. Für die Beurkundung der Todesfälle richtete sie ein „Sonderstandesamt Cholm“ ein. Zwei Mitarbeiter, Erich Fettke und Gerhard Schneider, fungierten als Kurier. Sie brachten die gefälschten Sterbeurkunden eines fiktiven „Standesamtes Cholm“ oder „Chelm“, Trostbriefe und Rechnungen einer „Irrenanstalt Cholm“ über angeblich entstandene Pflegekosten und Beerdigungsgebühren nach Lublin und versandten sie mit der Post an Angehörige, Behörden und jüdische Organisationen.¹⁰ Die Standesämter der Geburtsorte der ermordeten Menschen, die die Sterbeurkunden ebenfalls erhielten, vermerkten den Tod auf den Geburtsregistereinträgen. Diese sogenannten Beischreibungen enthalten die laufenden Nummern des Sterbeeintrags und den Ort „Cholm“ oder „Chelm“ als zuständiges Standesamt.

Für die vorliegende Arbeit konnten 33 davon eingesehen werden. In 27 Fällen sind zusätzlich die fingierten Sterbetermine festgehalten. Sie beginnen am 7. Dezember 1940 und enden am 5. April 1941. Auffällig sind Häufungen der Sterbedaten, so findet sich der 30. Januar 1941 neunmal, der 10. Februar 1941 fünfmal, der 2. Februar 1941 viermal und der 7. Dezember 1940 dreimal.

Die den Beischreibungen zugrundeliegenden „Sterbeurkunden“ sind in den allermeisten Fällen nicht mehr vorhanden. Sie konnten nur für Eva Leonore Borchartd, Henriette Heymann und Czilli Wallschütz (siehe jeweils die Biografie in diesem Band) aufgefunden werden.

9 Friedlander, Weg, S. 152 ff.; Astrid Ley/Annette Hinz-Wessels (Hrsg.), Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus, Berlin 2012, S. 62 f.

10 Hinz-Wessels, Tiergartenstraße 4, S. 91.

A.

Nr. 2047.

Damburg am 2. November 1900

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach Karl Julius Weinstock meist kannt, Herr Franz Henri Herz,

wohnhaft in Jamburg, Pantzstraße 26, jüdischer Religion, und zeigte an, daß von der Melanie geboren Nathan, seiner Christen,

_____ jüdischer Religion, wohnhaft bei ihm _____

zu Damburg in seiner Abschwörung am sechsten und zwanzierten Oktober des Jahres neunhundert _____ vor mittags um fünf im sechsten Uhr ein Mädchen geboren worden sei und daß das Kind den Vornamen Berta erhalten habe. _____

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben Henry Herz.

Der Standesbeamte Hubert.

H. Gestorben Nr. 329/1941
Ehelm II am 30.1.1941
Generalgouvernement.
Laßt rechtskräftigen Entschuldig des
Antiquarischen Kaufs vom 26.8.1959
für Not erklärt
Akt. 53 II 130-132/59
Beitrag des Todes der 3. Mai 1945, 29226
Bild für Todeserklärungen h. 20403/1960

Beischreibung auf dem Geburtsregistereintrag von Berta Herz
StaH

Die frühen „Verlegungen“ aus Berlin und der Provinz Brandenburg im Juli 1940 erhielten niedrige Nummern. Für die im Herbst aus Langenhorn eingetroffenen Patienten wurden Zahlen ab etwa 1300 eingesetzt.¹¹

Die Verwendung späterer als der tatsächlichen Sterbedaten sollte die Mordaktionen verschleiern und den Eindruck erwecken, die Kranken seien eines „natürlichen Todes“ gestorben. Wichtig war den „T4“-Dienststellen auch ein weiteres Motiv: Für die Zeit bis zum fiktiven Todestag erhob die „T4“-Organisation Pflegegelder und finanzierte damit einen Teil ihrer Aufwendungen. Max Plaut berichtete: „Dafür traf nach einem viertel Jahr mit Poststempel Cholm versehen ein Brief ein, der eine Rechnung für 19 betreute früher von der Hamburger Stelle der Reichsvereinigung fürsorgerisch betreute Kranke enthielt mit der Weisung den Rechnungsbetrag innerhalb einer Woche an das Konto Nr. X der Staatlichen Krankenanstalt Cholm bei der Preussischen Staatsbank, Berlin zu zahlen. Entsprechende Rechnungen waren allen in Betracht kommenden jüdischen Stellen und Angehörigen der Deportierten zugegangen. Die Rechnungen kamen dann monatlich. Als von Hamburg bereits eine Summe von mehr als vierzigtausend Reichsmark (im ganzen von der Reichsvereinigung über dreihundertfünfzigtausend Reichsmark) gezahlt waren, trafen eines Tages mit gleicher Post 19 Briefe, die mit gleichem Text die Mitteilung enthielten, dass der Kranke N. N. infolge Erkrankung an Ruhr gestorben sei.“¹²

Nach Aussagen von Angeklagten und Zeugen bei den „Euthanasie“-Prozessen der 1960er-Jahre „verdiente“ die „T4“-Organisation durch die „Judentransporte“ ungefähr 200 000 bis 300 000 RM. Diese Bereicherungspraxis wurde auch bei nichtjüdischen Opfern angewandt, doch ihre Todesdaten lagen meist kurz nach dem tatsächlichen Sterbetag, bei jüdischen Opfern hingegen wurden sie in der Regel um Wochen oder Monate über den eigentlichen Todestag hinausgeschoben. Zahlen für mittellose Juden musste die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ als Trägerin der freien jüdischen Wohlfahrtspflege. Ab März 1941 erhielten Bezirksstellen der Reichsvereinigung und jüdische Kultusvereinigungen Rechnungen aus der Anstalt Cholm, die einen täglichen Pflegekostensatz von 3 RM und Beerdigungsgebühren von 65 RM einforderten.¹³ Die Nationalsozialisten schufen mit dem Ort „Cholm“ als angeblichem Ziel für Euthanasie-Transporte eine langlebige Legende. Obwohl schon 1940, spätestens aber 1941, vielen klar war, dass das angegebene Transportziel der Irreführung diene, gingen Angehörige und Behördenmitarbeiter noch Jahrzehnte später von seiner Richtigkeit aus. Das zeigen viele Beispiele in Wiedergutmachungsanträgen bis in die 1960er-Jahre. Dabei war schon 1948 mit Auffinden des Taschenkalenders von Irmfried Eberl ein Beweis erbracht, dass die Patientinnen und Patienten aus Langenhorn nicht in Chełm/Cholm in Polen, sondern in Brandenburg an der Havel ermordet worden waren.

11 Ebenda.

12 IGDJ 14-001.1, Max Plaut, Aufzeichnungen für die Zeit nach 1939.

13 Hinz-Wessels, Antisemitismus, in: VfZ (2013) 1, S. 83.

Die Herkunftsanstalten für die Sammelanstalt Hamburg-Langenhorn

Im gesamten Deutschen Reich wurden 1940 und 1941 Psychatriepatientinnen und -patienten jüdischer Herkunft in Sammelanstalten zusammengezogen, anschließend in Mordanstalten transportiert und fast alle mit Kohlenmonoxid getötet.¹⁴ In Norddeutschland wurden zwei psychiatrische Einrichtungen zu Sammelanstalten bestimmt: die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Wunstorf bei Hannover und die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn.

In der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Wunstorf bei Hannover wurden 158 Patientinnen und Patienten jüdischer Abstammung aus Anstalten in Niedersachsen und Westfalen konzentriert, am 27. September 1940 nach Brandenburg an der Havel transportiert und dort unmittelbar nach ihrer Ankunft mit Gas ermordet.

In der zweiten norddeutschen Sammelanstalt, der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn wurden jüdische Patientinnen und Patienten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg zusammengefasst, am 23. September 1940 abtransportiert und am selben Tag in der Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel ermordet. Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über die Anstalten, aus denen die Menschen nach Langenhorn verlegt wurden.

Die Staatskrankenanstalt Hamburg-Langenhorn

„Vom Gelände der Klinik aus wurden während der Zeit des Nationalsozialismus in den Jahren 1939 bis 1945 im Rahmen des ‚Euthanasie-Programms‘ 4098 Menschen, Patientinnen und Patienten, in Tötungs- und Verwahranstalten deportiert. 3755 von ihnen, darunter viele jüdische Bürgerinnen und Bürger, fanden dabei den Tod. Bei medizinischen Versuchen in der Kinderfachabteilung wurden 12 Kinder ermordet. Wir gedenken an dieser Stelle der unschuldigen Opfer. Ihr Schicksal bleibt uns Mahnung zum würdevollen und achtsamen Umgang mit jedem Menschen.“

Dieser Text, dessen Zahlenangaben zurzeit überprüft werden, steht auf einer Gedenktafel vor dem Verwaltungsgebäude der heutigen Asklepios-Klinik.

¹⁴ Ebenda, S. 79 (zuletzt im Frühjahr 1941 mit Transporten in der Rheinprovinz, Hessen und Baden sowie erneut aus der Wiener Anstalt „Am Steinhof“).



Gedenktafel vor dem Verwaltungsgebäude der Asklepios Klinik Nord (früher: Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn)

Ingo Wille



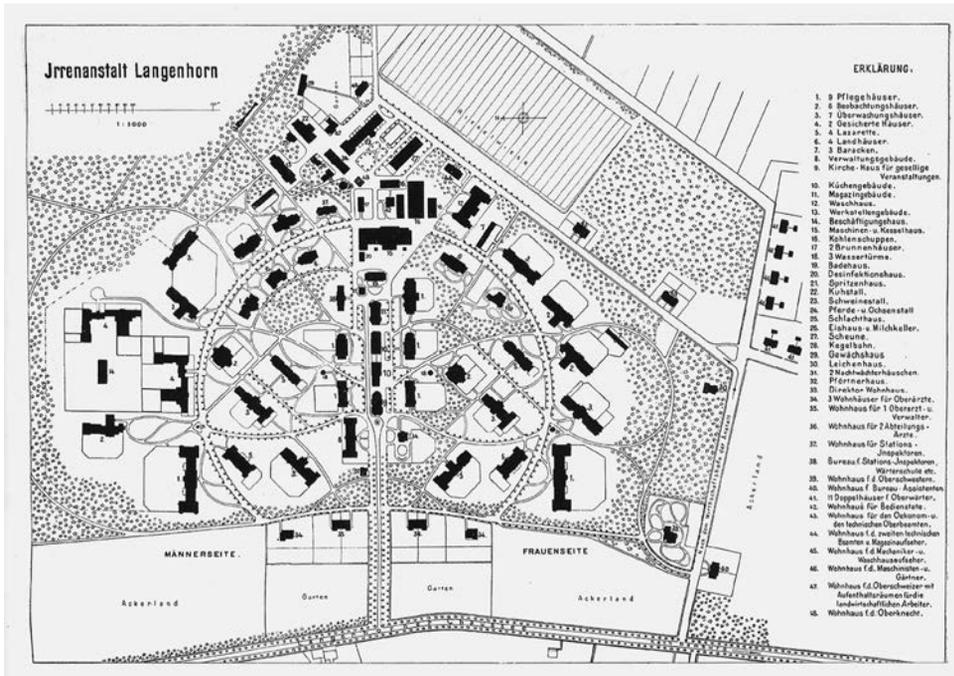
Luftbild der Staatskrankenanstalt Langenhorn

Bildarchiv Hamburg



Historisches Gebäude aus der Zeit der „Irrenanstalt Langenhorn“, 2016

Avital Keinan



Plan der „Irrenanstalt Langenhorn“, 1910

Neuberger: Die Irrenanstalt Langenhorn-Hamburg, Sonderdruck, S. 3

Die Anstalt in Langenhorn war in den Jahren 1892/1893 im Norden Hamburgs entstanden. Damals wurde auf dem Gelände „Tannenkoppel“ eine Einrichtung für 200 „Geisteskranke“ als landwirtschaftliche Zweigstelle der „Irrenanstalt Friedrichsberg“ errichtet. Im Oktober 1898 wurde diese Einrichtung selbstständig und führte ab 1899 den Namen „Irrenanstalt Langenhorn“.

Zwischen 1898 bis 1914 wuchs die Kapazität in mehreren baulichen Schritten auf 1853 Krankenbetten. Eine danach geplante Erweiterung unterblieb. Während des Ersten Weltkrieges ging die Patientenzahl durch vermehrte Todesfälle insbesondere wegen mangelhafter Ernährung um über 40 Prozent zurück. Die Zahl der Patienten verringerte sich von 1900 im Jahr 1914 auf 1133 im Jahr 1919.¹⁵ Die schlechte Versorgungslage der Gesamtbevölkerung und der um sich greifende Hunger während des Ersten Weltkrieges hatten zu besonders katastrophalen Verhältnissen in den „Irrenanstalten“, so auch in Langenhorn,

15 Klaus Böhme (Hrsg.), 1893–1993. 100 Jahre Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll, Hamburg 1993, S. 22.

geführt. Waren dort in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg (1913) bis zu etwa 100 Patientinnen und Patienten oder 4,8 Prozent pro Jahr gestorben, so stieg die Anzahl durch Unterernährung in den Jahren während des Ersten Weltkriegs auf etwa 500 oder 23,7 Prozent im Jahr 1917.¹⁶

Am 1. Januar 1919 waren 1352 Menschen in Langenhorn untergebracht,¹⁷ die Anstalt hätte jedoch fast 400 Personen mehr aufnehmen können. Deshalb wurden Gebäude für eine Abteilung für Lungenkranke und zwei Häuser für Waisenkinder genutzt.

Mit den demokratischen Veränderungen ab 1919 ergriff der Hamburger Senat bzw. beschloss die Hamburger Bürgerschaft diverse Maßnahmen und erließ mehrere Gesetze zur Verbesserung der Situation der Kranken. So verdoppelte sich die Zahl der Beschäftigten in den staatlichen Anstalten bis 1929 gegenüber der Vorkriegszeit. „In der Hamburger Psychiatrie lag der Versorgungsaufwand um ca. dreißig Prozent höher als in vergleichbaren Städten des Reiches.“¹⁸

Der ab 1918 in „Staatskrankenanstalt Langenhorn“ umbenannten Einrichtung wurden die Patientinnen und Patienten zunächst überwiegend von der in Barmbek-Süd gelegenen früheren „Irrenanstalt Friedrichsberg“, nun „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“ genannt, zugewiesen. Ab 1927 erhielt Langenhorn dann einen eigenen Einzugsbezirk, der sich auf Langenhorn, Fuhsbüttel, Ohlsdorf und Klein Borstel erstreckte. Die Patientenzahlen in beiden Hamburger Anstalten für Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung, Langenhorn und Friedrichsberg, stiegen in den 1920er-Jahren stark an. Lebten Ende 1919 in beiden Einrichtungen 2056 Menschen, hatte sich die Patientenzahl bis Ende 1927 auf 3613 erhöht.

Anstelle einer zunächst in Aussicht genommenen Erweiterung der Langenhorner Anstalt schlossen die Freien und Hansestädte Hamburg und Lübeck am Ende 1927 einen Vertrag über die Unterbringung von Hamburger Kranken in der Lübecker Heilanstalt Strecknitz. Nach der Errichtung der dortigen „Hamburger Häuser“ überwies die Staatskrankenanstalt Langenhorn fortlaufend Patientinnen und Patienten, unter ihnen auch die 20 Jüdinnen und Juden, die zum Transport am 23. September 1940 nach Langenhorn zurückverlegt wurden.

Eine weitere Vereinbarung zur Entlastung Langenhorns kam mit dem Land Lippe zustande: 1928 wurden fünfzig Langenhorner Patienten in die Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus bei Lemgo verlegt, unter ihnen auch Louis Sommer (siehe

16 Kai Sammet, Burgfrieden und Totenstille – Die Irrenanstalt Hamburg-Langenhorn, die Verwaltung und der Hunger 1914–1918, in: Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte 89 (2003), S. 149–174, hier S. 174.

17 Klaus Böhme/Uwe Lohalm (Hrsg.), Wege in den Tod. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 28.

18 Hendrik van den Bussche (Hrsg.), Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, Berlin/Hamburg 1989, S. 140 f.

dort). Zudem wurden durch einen Vertrag zwischen Hamburg und dem Landesverband der Inneren Mission von Schleswig-Holstein aus dem Jahr 1935 bis 1939 über 600 und im Laufe des Krieges noch einmal über 700 Patientinnen und Patienten in die Ricklinger Anstalten verlegt. Unter ihnen befanden sich vier Männer und eine Frau jüdischer Herkunft, die zum Transport am 23. September 1940 nach Langenhorn zurückverlegt wurden.

Auch während der Zeit des Nationalsozialismus waren in Langenhorn weit mehr Patientinnen und Patienten untergebracht, als es die Kapazität eigentlich zuließ. Ende 1935 lebten mehr als 2500 Kranke in der Anstalt. Die Patientinnen und Patienten, auch nur eingeschränkt leistungsfähige, arbeiteten in der Landwirtschaft und in den Anstaltsbetrieben und finanzierten so einen Teil der Unterbringungskosten u. a. durch die Produktion von Lebensmitteln für Hamburger Krankenhäuser. Die Versorgung der Anstaltsbewohnerinnen und -bewohner hingegen war auf ein Minimum reduziert worden, sodass Verwandte, soweit es ihnen möglich war, ihre Angehörigen mit Lebensmitteln unterstützten.

Im Zuge des im Folgenden ausgeführten Friedrichsberg-Langenhorn Plans, mit dem die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg für „verdiente Volksgenossen“ freigemacht und Kosten bei der Unterbringung von Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung reduziert werden sollten, wurden Hunderte vor allem nicht arbeitsfähiger Patientinnen und Patienten in andere Anstalten im norddeutschen Raum abgedrängt. Hiervon waren auch jüdische Patientinnen und Patienten betroffen. Verlegt wurden sie insbesondere in die Anstalt Strecknitz in Lübeck, die Ricklinger Anstalten, die Hamburger Versorgungsheime, unter ihnen insbesondere Farmsen, aber auch in kleinere Einrichtungen mit weniger als einhundert Plätzen wie Eichenkamp in Thesdorf (heute Pinneberg) und ab 1938 in die Langenhorner Dependance Gut Düssin in Mecklenburg. Besonders in den Versorgungsheimen wurden Betreuung und Versorgung auf ein Minimum reduziert.

Dem Transport vom 23. September 1940 folgten bis 1943 weitere mit nichtjüdischen Menschen aus Langenhorn entweder direkt in Tötungsanstalten oder zunächst in Zwischenanstalten, um die Absicht der späteren Ermordung zu verschleiern.¹⁹ Betroffen waren Erwachsene und Jugendliche.

Die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn war nicht nur mittelbar, sondern auch direkt am Mordprogramm des nationalsozialistischen Staates beteiligt: Ab Anfang 1941 nahm dort die zweite in Hamburg eingerichtete „Kinderfachabteilung“ ihre grausame Tätigkeit auf. Die erste dieser zur Ermordung von Kleinkindern mit Behinderung dienende Kinderfachabteilung bestand bereits im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort. Wie Georg Lilienthal beschreibt, entschied ein „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“ in der „Euthanasie“-Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4 aufgrund von Meldebögen, ob Säuglinge und Kleinkinder (später bis zu sechzehn

19 Herbert Diercks, „Euthanasie“. Die Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Hamburg im Nationalsozialismus, Hamburg 2014.

Jahren) weiterleben durften oder getötet werden sollten. Von den Kindern in der Langenhorner „Kinderfachabteilung“ wurden laut Burlon/Zeidmann „22 in Langenhorn getötet, 6 nach ihrer Verlegung in das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort; mindestens 1 Kind starb nach Auflösung der Kinderfachabteilung Langenhorn in der ‚Euthanasie‘-Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde.“²⁰

Die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg

Unter den am 23. September 1940 aus Langenhorn nach Brandenburg Abtransportierten befanden sich auch frühere Patientinnen und Patienten der Anstalt Friedrichsberg, vormals „Irrenanstalt“, „Staatskrankenanstalt“, später „Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität in Friedrichsberg“.

Die im Hamburger Stadtteil Barmbek-Süd zwischen dem Eilbektal und der Straße Dehnhaide gelegene Anstalt nahm ihren Betrieb im Jahr 1864 nach dreijähriger Bauzeit auf, der jedoch eine 37-jährige Vorbereitungszeit vorausgegangen war.²¹ Erstmals entstand damit in Deutschland ein „Spezialkrankenhaus für Gemütskranke“, in dem die Patientinnen und Patienten „ohne Zwang“ behandelt wurden.

Friedrichsberg fungierte als zentrale Aufnahmeeinrichtung für Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen in Hamburg. Sie blieben dort, solange ein Behandlungserfolg erwartet werden konnte. Andernfalls wurden sie in aller Regel in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt.

Schon bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten begannen intensive Untersuchungen, wie bei der Unterbringung und Versorgung Kostensenkungen erreicht werden könnten, die als Langenhorn-Friedrichsberger Plan bezeichnet werden. Zudem sollten die Parkanlagen „Volksgenossen“ zugutekommen, „die einen geistigen und körperlichen Gewinn von einem Aufenthalt“ dort haben würden.²² 1934 beschloss der Hamburger Senat, dass „heilbare Kranke“ bestmöglichst versorgt, unheilbar Kranke hingegen in Bewahrung genommen und ihre medizinische Betreuung auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden sollte.²³ Zur Realisierung dieses Vorhabens wurden 1934/35 von den über 1700 Friedrichsberger Patientinnen und Patienten 1366 verlegt: 641 in die Staatskran-

20 Marc Burlon/Lawrence A. Zeidmann, „Euthanasie“ an Kindern in Hamburg: Das „Reichsausschuss“-Verfahren – von der Meldung zum Hirnpräparat, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), „Euthanasie“-Verbrechen. Forschungen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 17, Bremen 2016, S. 33. Die genannten Zahlen werden gegenwärtig im Zuge der Vorbereitung eines Hamburger „Euthanasie“-Gedenkbuches überprüft.

21 Paul Laurentius, 100 Jahre Krankenanstalt Friedrichsberg Allgemeines Krankenhaus Eilbek, in: HÄB 1964, S. 396 f.

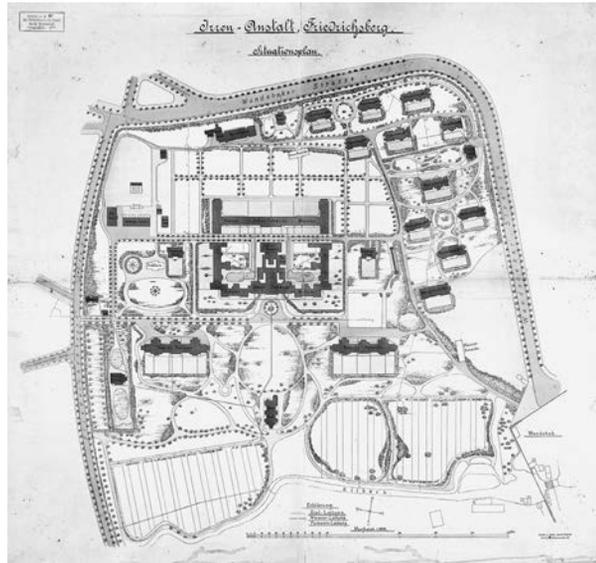
22 StaH 131-4, 1934 A8/29 „Der Friedrichsberg-Langenhorn Plan. Zusammenfassender Bericht“ (Bericht Senator Dr. Ofterdinger über Geschichte und bisherige Ausführung vom Ende 1935).

23 Ebenda.

kenanstalt Langenhorn, 274 in die Alsterdorfer Anstalten, 100 nach Lübeck-Strecknitz, 351 in die Versorgungsheime. Aus Langenhorn wurden ca. 450 Personen in die staatlichen Wohlfahrtsanstalten und private bzw. gemeinnützige Anstalten, auch in Schleswig-Holstein, überwiesen, darunter in die private Einrichtung für Alte, Kranke und Behinderte Eichenkamp in Thesdorf/Pinneberg.²⁴

Rund 300 jüngere, frisch erkrankte und für die Forschung interessante Patienten verblieben in Friedrichsberg. Am 17. Oktober 1934 beschloss der Senat, „die

Staatskrankenanstalt Friedrichsberg als Staatskrankenanstalt aufzuheben“.²⁵ Die Krankenanstalt wurde im Frühjahr 1936 zur „Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität“.²⁶ Die beabsichtigte Verlegung auf das Gelände des Universitätskrankenhauses Eppendorf unterblieb bis 1942 aus finanziellen Gründen. Ungeachtet der offiziellen Umbenennung blieb der 1918 oder 1919 eingeführte Name „Staatskrankenanstalt Friedrichsberg“ in der täglichen Anstaltswirklichkeit noch lange erhalten und tauchte auch in den Patientenakten weiter auf.²⁷



Gesamtanlage der „Irrenanstalt“ Friedrichsberg, 1901

StaH

24 Michael Wunder, Die Auflösung von Friedrichsberg – Hintergründe und Folgen, HÄB 4/90 S. 128 ff.

25 Senatsbeschluss abgedruckt in Reinhard Otto, 150 Jahre Friedrichsberg. Von der Irrenanstalt zur Klinik im Wohnpark, Hamburg 2015, S. 113.

26 Herbert Diercks, „Euthanasie“-Verbrechen in Hamburg – ein Überblick, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 17, Bremen 2016, S. 13.

27 In die in dieser Abhandlung enthaltenen Lebensgeschichten wurde jeweils die Bezeichnung von Friedrichsberg übernommen, die sich aus den Patientenakten ergibt.



Früheres Gutshaus Düssin

Foto: www.gutshaeuser.de

Das Gut Düssin in Westmecklenburg

Mit einiger zeitlicher Verzögerung führten die beschriebenen Veränderungen auch zur Gründung einer Dependence der Staatskrankenanstalt Langenhorn im Westen Mecklenburgs. Langenhorn selbst war stark belegt, zudem lag die Anstalt wegen des Siedlungsbaus inzwischen nicht mehr fernab der Stadt, sondern war gut erreichbar und das Anstaltsgebäude weckte somit die Begehrlichkeit der Hamburger Kämmerei (heute: Finanzbehörde), die es langfristig für Wohn- und Industriezwecke verfügbar machen wollte²⁸. So erwarb Gesundheitssenator Ofterdinger Ende 1938 für die Stadt das über tausend Hektar große Landgut Düssin im damaligen Kreis Hagenow.

Perspektivisch sollten 4000 bis 5000 Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen dort aufgenommen werden. Zunächst aber wurden im bestehenden Gutsgebäude und in neu errichteten Baracken 220 Kranke aus Langenhorn untergebracht, die Landarbeit leisten mussten. Unter ihnen befanden sich sieben Kranke jüdischer Herkunft, die zwischen März und Dezember 1939 in Düssin gelangten: Bernhard Bendix, Alice Elkeles, Erland Walter Friedmann, Richard Guth, Robert Martin Levy, Esther Neukorn und Leopold Valk. Ihre Biografien sind in diesem Buch enthalten.

Mit Ausnahme von Richard Guth, der schon vorher nach Langenhorn zurückverlegt worden war, wurden die anderen am 13. oder 14. September aus Düssin nach Langenhorn zurückgebracht und dem beschriebenen Sammeltransport angeschlossen.

28 StaH 371-19_2001 (Düssin).

Versorgungsheime in Hamburg²⁹

Aus dem ursprünglichen Hamburger Werk- und Armenhaus, in dem die Insassen durch ein System erzwungener Arbeit, Disziplinierung und Bestrafung dazu befähigt werden sollten, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, entstanden die sogenannten Versorgungsheime Oberaltenallee und Farmsen. Die Einrichtung an der Oberaltenallee in Hamburg-Barmbek existierte seit Mitte des 19. Jahrhunderts. 1904 entstand eine Zweiganstalt des Werk- und Armenhauses in Hamburg-Farmsen, die unter dem Namen „Arbeitsanstalt“ geführt wurde. Für sie zeichnete nach dem Ersten Weltkrieg das Wohlfahrtsamt verantwortlich. 1922 erhielten das Werk- und Armenhaus an der Oberaltenallee und die Arbeitsanstalt in Farmsen die Bezeichnung „Versorgungsheim“. Zusammen mit den zahlreichen anderen Einrichtungen der geschlossenen Sozialfürsorge wie z. B. den Versorgungsheimen Averhoffstraße, Rübenkamp, Harburg-Wetternstraße oder Altona-Norderstraße wurden diese Anstalten unter dem Oberbegriff Wohlfahrtsanstalten zusammengefasst. Sie dienten der Unterbringung von alten, pflegebedürftigen, „siechen“ Männern und Frauen, Waisenkindern und Obdachlosen. Auch aus den Versorgungsheimen wurden jüdische Bewohnerinnen und Bewohner für den Transport vom 23. September 1940 nach Langenhorn gebracht: aus dem Versorgungsheim Oberaltenallee fünf, aus Farmsen 17 und aus dem Versorgungsheim Averhoffstraße zwei Personen.

Das Versorgungsheim Oberaltenallee

Das Versorgungsheim Oberaltenallee fungierte in der Regel als Aufnahmeanstalt. Von dort wurden viele Insassen dann weiter verteilt.

1938 und 1939 musste das Versorgungsheim Oberaltenallee sechzehn aus den damaligen Alsterdorfer Anstalten abgeschobene Jüdinnen und Juden aufnehmen. Pastor Friedrich Karl Lensch, der Leiter der Alsterdorfer Einrichtung, sah in einem Urteil des Reichsfinanzhofs vom 18. März 1937 angeblich die Gefahr, die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit zu verlieren, wenn künftig Jüdinnen und Juden in der Anstalt bleiben würden. In Alsterdorf lebten im September 1937 18 „jüdische Zöglinge“, für deren Kosten die Fürsorgebehörde aufkam. Ein Jahr später, am 31. Oktober 1938, wurden 15 Jüdinnen und Juden aus Alsterdorf in das Versorgungsheim Oberaltenallee verlegt, eine weitere am 23. Januar 1939.³⁰ Mindestens drei von ihnen (Bernhard Liepmann, Margot Posner und Gerda Pumpianski) blieben bis September 1940 im Versorgungsheim Oberaltenallee. Von weiteren dreien (Gertrud Dessau, Rosa Neumann, Karl-Heinz Neumark) wissen wir, dass sie nach Farmsen weiterverlegt wurden. Eine Kranke (Senta Henschel) kam vom Versorgungsheim Oberaltenallee in das Versorgungsheim Averhoffstraße 5.

29 Angaben nach Steigerthal, Georg, Das staatliche Versorgungsheim in Hamburg, 1928.

30 Harald Jenner/Michael Wunder, Das Schicksal der jüdischen Bewohner der Alsterdorfer Anstalten, in: Wunder/Genkel/Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr (2016), S. 255.

Das Versorgungsheim Farmsen³¹

Das Versorgungsheim Farmsen verfügte über 300 Hektar Land, auf dem die Bewohnerinnen und Bewohner Landwirtschaft betrieben. Zum Heim gehörten überdies eine Gärtnerei, eine Dampfwascherei, eine Schneiderei mit Plättstube, eine Tütenkleberei, eine Werg-zupferei, eine Schlachterei und eine Bäckerei. Durch die Arbeit in den Werkstätten sollten die Betreuten wieder erwerbsfähig werden. 1922 kamen Einrichtungen für „jüngere Psychopathen“, jugendliche Obdachlose, Wanderer („Tippelbrüder“), Alkoholiker und Prostituierte hinzu.

1930 sollen im Versorgungsheim Farmsen „1400 Obdachlose, Alkoholiker, geschlechtskranke Prostituierte und sonstige Asoziale“ untergebracht gewesen sein, die von nur 20 Angestellten (darunter einem Arzt) betreut wurden. Die Insassen mussten sich weitgehend selbst versorgen. Der Gedanke der Rehabilitation dieser Personen trat im Zuge der fortschreitenden Wirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre immer weiter zurück. Die Fürsorgebehörde schlug bereits vor 1933 vor, die „Irrenfürsorge“ auf ein Mindestmaß zu reduzieren, d. h. nur die unbedingt „anstaatsbedürftigen“ Personen in Langenhorn und Friedrichsberg aufzunehmen. Alle anderen, auch die Grenzfälle, sollten den kostengünstigeren Anstalten, insbesondere dem Versorgungsheim Farmsen, zugewiesen werden. Hier teilten sich 20 bis 50 Menschen einen Schlaf- und Wohnraum. Sie befanden sich nicht freiwillig dort. Käthe Petersen,³² ab 1934 in der Hamburger Sozialbehörde als Sammelpflegerin „geistig gebrechlicher“ bzw. „gemeinschaftswidriger“ Frauen tätig, begründete dies so: „Die Notwendigkeit einer solchen Anstaatsunterbringung entspringt dem Bedürfnis, diese Personen (Berufsverbrecher, Landstreicher, Zuhälter, Dirnen, Rauschgiftsüchtige usw.) daran zu hindern, weiterhin die Volksgemeinschaft zu schädigen. Die Bewahrung hat das Ziel, diese gemeinschaftsschädlichen Personen aus der Volksgemeinschaft zu asylieren und den Versuch zu machen, sie nach Kräften zu nützlicher Arbeit anzuhalten und nach Möglichkeit zur zuchtvollen Einordnung in die Volksgemeinschaft zu erziehen.“³³

Im Zuge des Friedrichsberg-Langenhorn Planes wurden annähernd 800 Personen in die Versorgungsheime verlegt, ein Großteil in das Versorgungsheim Farmsen.

Zudem nahmen die Versorgungsheime Menschen direkt auf, teils wurden sie von den Sozialdienststellen eingewiesen, teils kamen sie „freiwillig“, weil sie nur dann materielle Unterstützung erhielten, wenn sie sich in „geschlossene Fürsorge“ begaben. 1938 bot das Versorgungsheim insgesamt etwa 2000 Plätze als „Bewahranstalt“ für sogenannte Asoziale, Schwachsinnige und Gefährdete sowie zur Durchsetzung des Arbeitszwanges.

31 Ingo Wille, Das Versorgungsheim Farmsen in der NS-Zeit, in: Ulrike Sparr/Björn Eggert, Stolpersteine in Hamburg, Hamburg 2011.

32 Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2007, S. 455 (Käthe Petersen).

33 StaH 351-10 I Sozialbehörde I, VZ 23.23, Käthe Petersen über die „Behandlung der Asozialen“, ohne Datum, Aufzeichnung aus den Jahren 1937–1938.

Unter den in Farmsen untergebrachten Personen befanden sich stets auch Jüdinnen und Juden. Die kaum erträglichen Verhältnisse in den Versorgungsheimen und die zunehmende Diskriminierung von Juden bewog die Deutsch-Israelitische Gemeinde im November 1935 zu beantragen, „vermehrt Heimbedürftige in ihre Altersheime“ einzuweisen. Zu diesem Zeitpunkt lebten 16 jüdische Frauen und sechs jüdische Männer in Farmsen.³⁴

Als das Reichsinnenministerium anordnete, die in Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Jüdinnen und Juden zum 18. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn zu überstellen, trafen zehn Frauen und sechs Männer aus Farmsen in Langenhorn ein. Eine weitere Person (Carl Hertz Müller) folgte am 20. September.

Patientinnen und Patienten jüdischer Herkunft aus dem Versorgungsheim Farmsen			
Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort
Buchthal	Hedwig	21. 7. 1874	Hamburg
Dessau	Gertrud	8. 12. 1873	Hamburg
Fabian	Hans	20. 6. 1893	Berlin
Gattel	Henry	7. 11. 1885	Hamburg
Henschel	Käthe	29. 9. 1923	Hamburg
Levi	Emma	29. 5. 1892	Hamburg
Levy	Josef	12. oder 15. 4. 1872	Rodenberg
Lübeck	Ella	28. 7. 1883	Hamburg
Maier	Therese	19. 7. 1921	Hamburg
Meyer	Thorwald	24. 10. 1919	Hamburg
Müller	Carl Hertz	11. 8. 1891	Hamburg
Neumann	Rosa	23. 12. 1903	Hamburg
Neumark	Karl-Heinz	15. 4. 1913	Hamburg
Pincus	Gertha	5. 1. 1872	Hamburg
Seligsohn	Hermann	8. 12. 1922	Altona
Wallschütz	Czilli	29. 3. 1875	Kaschau
Zuckermann	Mathilde	25. 4. 1905	Tereblestie

Alle 17 Personen wurden in Brandenburg an der Havel mit Kohlenmonoxid ermordet. Ihre Biografien sind in diesem Buch enthalten.

Ab Februar 1941 wurden in Hamburg Fragen einer Evakuierung von Anstaltsinsassen u. a. des Versorgungsheims Farmsen erörtert. Als Grund bzw. Vorwand wurde genannt,

34 StaH 351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten I (1871–1946) 19.



Gesamtanlage Farmsen

Heidrun Schönberger, Privatarchiv

sie vor den Gefahren des Luftkrieges zu bewahren. Als Folge dieser Überlegungen wurden mindestens 45 nichtjüdische Personen in zwei Transporten in die „Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde“ im heutigen Polen gebracht. Dort wurden sie, soweit sie nicht arbeitsfähig waren, nach wenigen Tagen ermordet.

Die Heilanstalt Strecknitz in Lübeck³⁵

Als Reaktion auf unhaltbare Zustände in der alten Lübecker „Irrenanstalt“ entstand Anfang des 20. Jahrhunderts die Heilanstalt Strecknitz auf dem Gelände des Lübecker Stadtgutes Strecknitz. Die für 300 Patientinnen und Patienten vorgesehene Anstalt wurde am 24. Oktober 1912 bezogen. Ab 1925 stiegen die Patientenzahlen im Verlauf der Wirtschaftskrise erheblich an. Eine notwendige Erweiterung um 200 Betten wurde durch die Nutzung von Aufenthaltsräumen und Untersuchungszimmern sowie Frühentlassungen abgewendet.

Da auch die Hamburger Staatskrankenanstalt Langenhorn dringend entlastet werden musste, schlossen Hamburg und Lübeck am 15. Dezember 1927 einen Vertrag, der für beide Seiten Vorteile versprach.³⁶ Hamburg konnte danach Plätze in Strecknitz belegen und musste Langenhorn nicht erweitern. Lübeck gewann durch Hamburger Zuwendun-

³⁵ Peter Delius, Das Ende von Strecknitz, Kiel 1988.

³⁶ Ebenda, S. 2.



Heilanstalt Strecknitz

St. Annen-Museum Lübeck, Fotoarchiv

gen ohne Investitionen 75 Betten für die eigene Nutzung. Da die Pflegeaufwendungen in Strecknitz niedriger als in Langenhorn waren, aber deren Pflegesätze für Hamburger Patientinnen und Patienten erstattet wurden, ergab sich für Lübeck rechnerisch ein Überschuss.

Die neuen Krankengebäude, im Volksmund „Hamburger Häuser“, wurden am 1. September 1930 bezogen. Sparsam ausgestattet, zeugten sie vom Interesse der Lübecker wie der Hamburger Verantwortlichen, die Kosten niedrig zu halten. Dazu trug auch die angestrebte Eigenversorgung der Anstalt mit gärtnerischen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom Gut Strecknitz bei, die nicht zuletzt durch die Arbeitskraft der Patientinnen und Patienten erreicht wurde.

Fortan überwies die Staatskrankenanstalt Langenhorn fortlaufend Patientinnen und Patienten nach Strecknitz. Die Zustände in der Anstalt veränderten sich dadurch drastisch. Ein Zeitzeuge berichtete in den 1980er-Jahren: „Besonders bevor die Hamburger Häuser gebaut worden sind, ist alles sehr gemütlich gewesen, jeder kannte eben jeden. Diese himmlische Ruhe und die Sauberkeit immer! Dafür sorgten die Patienten.“³⁷ Die ehemalige 1905 geborene Patientin Maria G. berichtete: „1930 war ich zum ersten Mal einen Sommer lang in Strecknitz, das ist eine wunderbare Zeit gewesen. Ich war in Haus 2, und das fand ich vor allen Dingen innen so wunderbar eingerichtet, mit Teppichen und Kris-

37 Ebenda, S. 35.



Hamburger Häuser in der Heilanstalt Strecknitz

St. Annen-Museum Lübeck, Fotoarchiv

tall auf dem Tisch, wie auf dem Schloß, mit überall großen Blumensträußen, Milchkännchen, Teekännchen, wunderschöner Ernährung.“³⁸ An die Hamburger Patienten erinnerte sich eine Krankenschwester: „Das waren verwilderte Zellenpatienten. Sie wurden eingeknäht hergebracht, in Woldecken eingeknäht, ein ganzer Bus voll eingeknähter Patienten ... Wir haben uns gesagt, was Hamburg uns da schickt, das waren wirklich keine Menschen mehr, die waren so vertiert, wie Tiere eben. Mit der Zeit wurden sie dann anders, zivilisierter. (Sr. Herta).“ „In den Hamburger Häusern habe ich dann auch 4 bis 5 Jahre gearbeitet. Das waren sehr große Stationen, 35 bis 50 Patienten. Aber wir haben nicht gerade das beste Material aus Hamburg bekommen. (Herr O.)“ „An die Frauen in den Hamburger Häusern kann ich mich noch erinnern, das war schrecklich, wie die aussahen, schon gar nicht mehr menschlich. [...] Ich war auf Station 14. Da waren sehr viele unruhige Patienten dabei. Viele gingen dauernd in die Scheiben. (Sr. Herta).“³⁹

Das „Groß-Hamburg Gesetz“ von 1937 regelte neben den Hamburger Angelegenheiten auch andere Gebietsaufteilungen in Norddeutschland. Lübeck verlor seine Reichsfreiheit und wurde nun als Stadtkreis der preußischen Provinz Schleswig-Holstein zugeordnet. Die Stadt Lübeck, bis dahin finanziell eigenverantwortlich, wurde nun als „Bezirksfürsorgever-

38 Ebenda S. 36.

39 Ebenda, S. 36 f.

band Lübeck“ dem Landesfürsorgeverband Schleswig-Holstein untergeordnet.⁴⁰ Durch die von Berlin aus betriebene Ermordung der Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung und die damit verbundenen „Verlegungen“ leerte sich die Anstalt und wurde in ein städtisches Krankenhaus umgewandelt.

Strecknitz hatte der „Euthanasie“-Zentrale im Mai 1940 22 jüdische Bewohnerinnen und Bewohner gemeldet, am 16. September 1940 wurden 20 jüdische Frauen und Männer zusammen mit zehn Kindern und Jugendlichen aus der Anstalt Vorwerk nach Hamburg-Langenhorn „verlegt“. Der Verbleib von zwei im Mai gemeldeten Personen ist ungeklärt.

Patientinnen und Patienten jüdischer Herkunft aus der Heilanstalt Strecknitz			
Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort
Berges	Betty	27. 4. 1890	Lübeck
Engländer	Benjamin (Benno)	2. 1. 1901	Altona
Feld	Bertha	25. 8. 1885	Krojanke
Frankfurter	Anna	29. 9. 1872	Hamburg
Heilbut	Erich Alexander	17. 1. 1901	Hamburg
Herz	Walter	19. 5. 1899	Hamburg
Hirschfeld	Ludwig Heinz	16. 6. 1915	Hamburg
Hoffmann	Wanda	24. 5. 1894 (1890)	Leibitsch
Kaufmann	Bertha	20. 9. 1878	Stuttgart
Laski	Carl Reinhard	11. 5. 1887	Hamburg
Mannheim	Betty	27. 2. 1887	Hamburg
Massenbacher	Leopold	1. 1. 1896	Burghaslach
Moses	Martin	9. 7. 1891	Hamburg
Müller	Anton	1. 7. 1908	Wiesbaden
Reiss	Bernhard	31. 10. 1871	Hamburg
Sommer	Louis	20. 8. 1877	Hamburg
Süsser	Willy	6. 11. 1892	Frankfurt a. M.
Sussmann	Franziska	8. 7. 1881	Moisling
Wehl	Line (Lina)	24. 9. 1876	Lübeck
Zucker	Max	18. 8. 1891	Berlin

Ein Jahr später begann die Auflösung der Anstalt Strecknitz. Nach Aussagen einer Zeitzeugin „ist Ende 1941 oder Anfang 1942 – ich kann mich nicht mehr genau erinnern – eine

⁴⁰ Ebenda S. 52 ff.

SS-Ärztelkommission unter Leitung eines Dr. Brandt⁴¹ aufgetreten. Es fand eine Ärztesammlung statt. Man verlangte eine vollständige Liste aller Insassen. [...] (Frau W.)⁴² Die Räumung wurde am 23. September 1941 durchgeführt. Als Begründung wurde „Luftgefährdung“ angegeben. Der Krankentransport umfasste 605 nichtjüdische Patientinnen und Patienten, die in Anstalten in der Provinz Hessen-Nassau gebracht wurden. Im Strecknitzer Krankenbuch finden sich die Einträge „Eichberg“, „Weilmünster“ und in einem Fall „Scheuern/Nassau“. Nur wenige der Menschen aus Lübeck überlebten.

Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck⁴³

Die Vorwerker Einrichtung, 1906 als „Idiotenanstalt“ vom „Verein zur Fürsorge für Geisteschwache“ gegründet, war zunächst in der Klosterstraße 10 mitten in Lübeck und ab 1914 außerhalb der Stadt untergebracht. In der nunmehr in Vorwerk gelegenen Einrichtung wurden Menschen mit geistiger Behinderung nicht als medizinische Pflegefälle gesehen, sondern ihre Persönlichkeiten sollten durch pädagogische Maßnahmen soweit wie möglich entwickelt werden. Einer der Mitbegründer, der Pädagoge Johann C. H. Strakerjahn, beschrieb 1902 die Grundgedanken: „Aufgabe der Anstalt ist es, alles, was in dem Kinde noch entwicklungsfähig ist, zu erforschen und soweit als möglich zu fördern und auszubilden; die komplizierten Willens- und Gefühlsregungen zu beaufsichtigen und zu stärken; durch Aneignung einfacher manueller, technischer und praktischer Fertigkeiten den Grundstock für eine spätere nutzbringende Beschäftigung zu legen und dem idiotischen Kinde bestimmte elementare Kenntnisse beizubringen. Gleichzeitig soll das Kind an Ordnung, Reinlichkeit, Anstand, gute Sitte sowie an Selbsthilfe bei seinen persönlichen Bedürfnissen (aus- und ankleiden, essen und trinken, waschen, kämmen und dergl.) gewöhnt werden.“⁴⁴

Um diese Gedanken umzusetzen, wurde 1913 der Pädagoge Paul Burwick als Leiter eingesetzt, der die Arbeit des Heimes Vorwerk bis 1950 prägte. Er strebte an, dass die Bewohner ihren „Unterhalt im Anstaltsbetrieb verdienten, aber in einer Umgebung, die versucht, Sonne in dieses arme und lichtlose Leben zu bringen, die aber in energischer Weise alle Kräfte zu sammeln und anzuspannen weiß, in einer Tätigkeit, die Befriedigung schafft und die ein bescheidenes Auskommen sichert“.⁴⁵

41 Bei dem in der Aussage der Zeitzeugin erwähnten Dr. Brandt handelte es sich um Karl Brandt, den Begleitarzt Hitlers und dessen medizinischen Beauftragten für die Aktion „T4“. Er hatte von Beginn an auch für die katastrophenmedizinische Versorgung der luftkriegsgefährdeten Gebiete eine koordinierende Funktion mit der staatlichen Gesundheitsverwaltung im Reichsinnenministerium inne. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_Brandt#Vorgeschichte_und_Organisation [5. 2. 2017].

42 Delius, Ende von Strecknitz, S. 71.

43 Angaben von Sabine Reh, Von der „Idioten-Anstalt“ zu den Vorwerker Heimen, Lübeck 1997, und Harald Jenner, Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck in der NS-Zeit, in: Theodor Stohm/Jörg Thierfelder, Diakonie im „Dritten Reich“, Heidelberg 1990.

44 50 Jahre Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk, Lübeck 1956.

45 Nach Jenner, Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk in Lübeck in der NS-Zeit, S. 184.

Je nach Fähigkeit arbeiteten sie in der Gärtnerei, in der Landwirtschaft oder in einer der Werkstätten (Bürstenbinderei, Schuhmacherei, Stuhlberohrerei). Das Heim Vorwerk wurde als „offen“ beschrieben. Besuche im Elternhaus waren einmal pro Vierteljahr möglich. Die Kapazität der Anstalt wurde kontinuierlich von sechs Plätzen bei ihrer Gründung bis auf über 300 Plätze in den 1930er- und 1940er-Jahren erweitert. In Vorwerk lebten fast nur Kinder



Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk, 1950er-Jahre
Vorwerker Diakonie, Archiv

und Jugendliche, Erwachsene blieben die Ausnahme. In der stark christlich geprägten Einrichtung wohnten auch wenige jüdische Menschen.

Die Vorwerker Anstalt meldete im Mai 1940, dass sieben männliche und drei weibliche Jugendliche jüdischer Herkunft dort lebten.

Kinder und Jugendliche aus dem Kinder- und Erziehungsheim Vorwerk			
Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort
Daicz	Julius Hermann	18. 1. 1923	Lübeck
Daicz	Max Isaak	30. 5. 1921	Lübeck
Feuerberg	Gisa (Golda)	17. 3. 1925	Czortkow
Gerstle	Hannelore	5. 5. 1924	Nürnberg
Jurmann	Hermann	6. 11. 1908	Lübeck
Langsner	Amalie Malka	Nov. 1901	Brzezany
Stein	Arnold Abraham	7. 11. 1923	Hamburg
Stein	Erich Elieser	3. 9. 1927	Hamburg
Toeplitz	Jerubaal	16. 3. 1921	Hamburg
Weil	Erich	25. 4. 1922	Hamburg

Sie wurden am 16. September 1940 zusammen mit 20 Strecknitzer Patienten in die Sammelanstalt Hamburg-Langenhorn überführt.

Auch die Vorwerker Anstalt sollte aufgelöst werden.⁴⁶ Doch die im Oktober 1941 bereits beschlossene Umwandlung in ein Ausweichkrankenhaus wurde nicht vollzogen. Auch eine im Frühjahr 1942 angekündigte Räumung zugunsten Bombengefährdeter aus den Wohlfahrtsanstalten Hamburgs fand nicht statt. Das Kinder- und Pflegeheim Vorwerk überstand die Kriegszeit, und auch die Bewohnerinnen und Bewohner überlebten mit Ausnahme der jüdischen Jungen und Mädchen.

Ricklinger Anstalten

Die „Ricklinger Anstalten“ bei Bad Segeberg gehen zurück auf die 1883 vom Landesverein für Innere Mission errichtete „Arbeiterkolonie“, in der nichtsesshafte Arbeitssuchende Unterkunft und Verpflegung gegen Arbeitsleistungen erhielten. In den Gebäuden der „Arbeiterkolonie“ wurden ab 1887 psychisch kranke Männer aufgenommen. Die Einrichtung hieß nun „Heidehof“. Daneben eröffnete der Landesverein in Rickling mit der „Trinkerheilstätte Salem“ die erste stationäre Einrichtung für Suchtkranke in Schleswig-Holstein. Sie wurde ab 1934 unter dem Namen Thetmarshof als Anstalt für Psychiatriepatientinnen genutzt. 1902 entstand die Anstalt „Burschenheim“ für halbwüchsige, in der Regel konfirmierte Jungen, von denen etliche straffällig geworden waren. Angesichts wachsender „Zöglings“-Zahlen wurden ab 1906 im nahe gelegenen Gut Kuhlen die Häuser Falkenhorst, Falkenburg, Falkenhang und Falkenried sowie der Fichtenhof errichtet. Die jungen Männer wurden zu Kultivierungsarbeiten im Moor, Rodungsarbeiten im Wald, in der Gärtnerei und im landwirtschaftlichen Betrieb eingesetzt.⁴⁷

Im Haus Falkenried wurde das KZ Kuhlen eingerichtet, das von dem Diakonieschüler und späteren SS-Obersturmbannführer der Sondereinheit 00512 der Brigade Dirlwanger, Otto Walchensteiner, kommandiert wurde. Es bestand vom 27. Juli 1933 bis 27. Oktober 1933. 189 männliche Häftlinge, meist Kommunisten und Sozialdemokraten, waren dort interniert.⁴⁸

Nachdem der Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein im Sommer 1935 angeboten hatte, „Geisteskranke aus Hamburg“ aufzunehmen, schloss Hamburg am 31. August 1935 mit der Inneren Mission in Schleswig-Holstein eine Vereinbarung: Die Ricklinger Anstalten sollten 150 Frauen und 30 Männer mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung aus Hamburg übernehmen. Dabei blieb es jedoch nicht. Allein während des Krieges kamen 704 Männer und Frauen in 23 Transporten über die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn nach Rickling. Von ihnen starben 329 Menschen (47 Prozent) bis Ende 1945.⁴⁹

⁴⁶ Delius, Ende von Strecknitz, S. 77 ff.

⁴⁷ <http://landesverein.de/de/359/geschichte.html> [30. 1. 2017].

⁴⁸ Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2007, S. 652 f.

⁴⁹ Michael Wunder, Die Transporte in die Ricklinger Anstalten, in: Böhme/Lohalm, Wege in den Tod, S. 256 ff.

Als der Leiter der Alsterdorfer Anstalten, Pastor Friedrich Karl Lensch, – wie erwähnt – um die Gemeinnützigkeit seiner Anstalt wegen jüdischer Bewohnerinnen und Bewohner fürchtete, warnte er auch den Direktor der Ricklinger Anstalten, Oskar Epha, und empfahl ihm, sich ebenfalls von den jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern zu trennen. Daraufhin ersuchte die Leitung der Ricklinger Anstalten das Land Hamburg im Jahr 1938, die Betroffenen gegen andere „auszutauschen“.⁵⁰ Am 22. April 1938 wurden vier männliche Patienten in die Staatskrankenanstalt Langenhorn verlegt (Felix Cohn, Benjamin Engländer, Erland Walter Friedmann und Oscar Löwenthal). Die – soweit bekannt – einzige jüdische Bewohnerin in Rickling, Paula Fraenkel, blieb aus unbekanntem Gründen davon ausgenommen. Sie traf erst nach der Weisung des Reichsinnenministeriums am 17. September 1940 in Langenhorn ein. Alle fünf wurden am 23. September 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel transportiert und noch an demselben Tag mit Kohlenmonoxid ermordet.

Landes-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein⁵¹

1893 wurde die „Provinz-Pflege-Anstalt“ in Neustadt für vorläufig 400 Patientinnen und Patienten eröffnet. Sie entstand in dem umgebauten Gebäude einer in Konkurs gegangenen Zuckerfabrik auf freiem Feld vor der Stadt. Entsprechend dem wachsenden Bedarf wurde die Einrichtung von 1895 bis 1915 in mehreren Phasen für 1150 bis 1200 Patientinnen und Patienten ausgebaut. Rund um die ehemalige Zuckerfabrik als Stammhaus standen neun weitere große und zwei kleinere Gebäude für Kranke, ein besonders gesichertes Haus für die Unterbringung „gemeingefährlicher Geisteskranker“ (das „Feste Haus“), eine Großküche, eine Waschanstalt und der zugehörige Technische Betrieb. Hinzu kamen das Verwaltungsgebäude, ein Festsaal, Werkstätten, Personalwohnungen u. a.

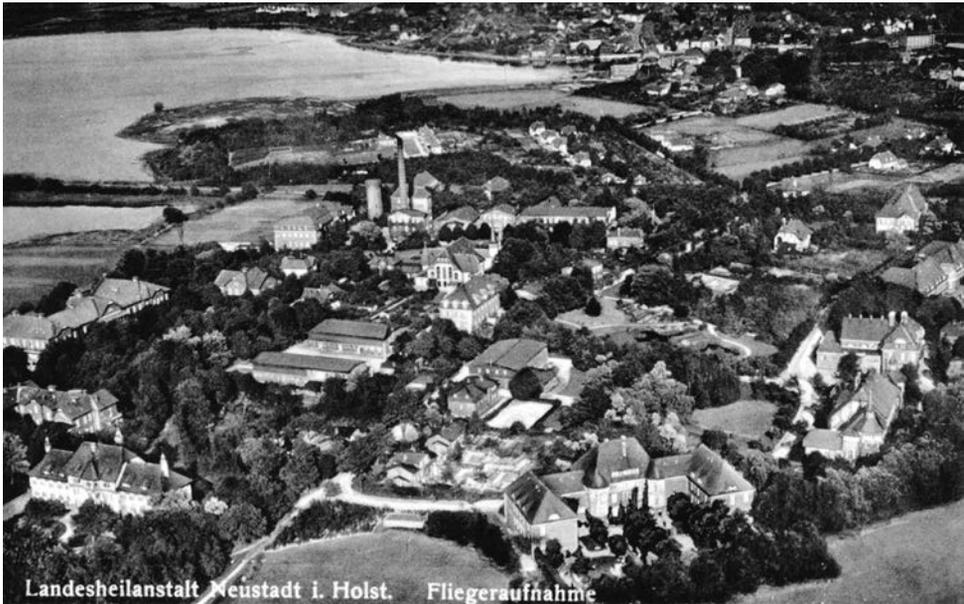
1905 in „Provinzial-Irrenanstalt“ umbenannt, erhielt die Einrichtung 1914 die Bezeichnung „Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt“. Während des Ersten Weltkrieges erlitten die Bewohnerinnen und Bewohner stärker noch als die Bevölkerung insgesamt Hunger und Kälte. Die Sterberate stieg in dieser Zeit auf 27,6 Prozent.

Den Notjahren 1919 bis 1923 mit diversen improvisierten Versorgungslösungen folgten von 1924 bis 1929 steigende Patientenzahlen. Neue Therapiemethoden wurden erprobt. In den Jahren 1925/1926 entstand ein eigenes Kraftwerk, das neben der Stromversorgung auch Fernwärme und die Warmwasserzuleitung für alle Häuser sicherte.

Ab Mitte 1928 führte die Neustädter Anstalt ebenso wie ihre Schwesteranstalt in Schleswig die Bezeichnung „Landesheilanstalt“. Sie hatte inzwischen die vor dem Ersten

50 Peter Sutter, *Der sinkende Petrus, Rickling 1933–1945*, S. 173 f.

51 Angaben weitgehend nach Friedrich Ernst Struwe, *Landesheilanstalt Neustadt in Holstein. Berichte aus den Jahren 1918–1945*, Heiligenhafen 2013.



Gesamtansicht der Landesheilanstalt Neustadt in Holstein

Friedrich E. Struwe, Privatarchiv

Weltkrieg geplante Belegungszahl von 1150 bis 1200 Patientinnen und Patienten wieder erreicht.

Im April 1929 stieg die Zahl der Dauerpatientinnen und -patienten auf 1242 an, 1930 auf 1293. Durch Kooperation mit den Ricklinger Anstalten des Landesvereins für Innere Mission, mit der Heil- und Pflegeanstalt der Stiftung Ev.-luth. Diakonissenanstalt zu Kropp bei Schleswig, der Kreispflegeanstalt in Pinneberg und mit den Anstalten der Ansharhöhe in Lokstedt in Holstein (heute Hamburg) gelang es, die Überbelegung abzumildern.

Am Tage der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten veränderte sich das politische Klima in der Anstalt schlagartig. Am 30. Januar 1933 marschierte ein SA-Trupp auf das Anstaltsgelände und hisste die Hakenkreuzfahne vor dem Frauenhaupthaus. Die meisten Pfleger schlossen sich bald der SA oder SS an oder betätigten sich als Politische Leiter in der NSDAP. Die Ärzte sollen abseits von diesem politischen Geschehen gestanden haben.

Die schon vor 1933 vorhandene Überbelegung der Anstalt nahm in den Folgejahren weiter zu. Der Patienten-Statistik ist zu entnehmen, dass die Zahl der Patientinnen und Patienten bei Kriegsbeginn 1380 Anstaltsbewohnerinnen und -bewohner betrug, eine Überbelegung von 20 Prozent. Die angespannte Betreuungs- und Versorgungssituation konnte durch zwei Transporte mit insgesamt 34 Männern gegen Ende 1939 und zwei wei-

tere Transporte im Juni 1940 in die Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz und in die Landesheil- und Pflegeanstalt Schleswig-Stadtfeld kaum behoben werden.

Die Neustädter Anstalt war wie alle anderen Heil- und Pflegeanstalten in die Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ durch Zwangssterilisation und Ermordung von nicht hinreichend arbeitsfähigen Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung einbezogen. Nach dem Erlass des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 wurden dort anfangs nur Sterilisationen von Männern durchgeführt. Frauen mussten zur Sterilisation zunächst in das Kreis Krankenhaus Oldenburg oder in die Fachabteilungen anderer Krankenhäuser. Ab April 1936 durften in der Neustädter Anstalt auch Eingriffe bei weiblichen Patienten vorgenommen werden.

Nach der vom Reichsinnenministerium am 21. Mai 1940 angeforderten Meldung über die jüdischen Menschen lebten in Neustadt drei männliche und acht weibliche, insgesamt elf Kranke. Acht Frauen und zwei Männer wurden am 12. und 13. September 1940, ein weiterer Mann am 16. September in die Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn gebracht. Zehn von ihnen gehörten zu den 136 Frauen und Männern, die am 23. September 1940 zur Tötungsanstalt Brandenburg gebracht und dort ermordet wurden. Das Schicksal von Martha Mosler als elfter der am 13. September 1940 aus Neustadt nach Hamburg transportierten Personen ist ungeklärt.

Patientinnen und Patienten aus der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein			
Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort
Berghoff	Felix	10. 6. 1894	Altona
Berju	Käthe Alice	11. 12. 1895	Hamburg
Elkeles	Betty	3. 2. 1885	Hamburg
Hecht	Bertha	28. 8. 1895	Altona
Jelenkiewicz	Karl	27. 6. 1896	Hamburg
Lippmann	Betty	6. 1. 1878	Hamburg
Mendel	Berta	6. 7. 1903	Hamburg
Victor	Sally	11. 5. 1889	Hamburg
Warburg	Emma Maria Amalie	6. 9. 1896	Altona
Wiesner	Gerda Regina Ruth	6. 3. 1923	Kiel

Weitere 377 Männer und Frauen wurden ab Anfang 1941 in mehreren Transporten, zum Teil über Königslutter, in die „Landes-Heilanstalt“ in Bernburg an der Saale gebracht und mit Kohlenmonoxid ermordet.

Infolge der seit 1941 intensivierten Luftangriffe wurde die Neustädter Anstalt weitgehend geräumt und als Reservelazarett genutzt. Zu diesem Zweck wurden 743 Patientinnen

und Patienten in mehreren Transporten in verschiedene Anstalten verschleppt. Viele von ihnen wurden ermordet, das Schicksal anderer ist ungeklärt.

Ende Juni 1942 lebten nur noch 287 der bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner in der Landesheilanstalt Neustadt, vermutlich die Männer und Frauen, die als billige Arbeitskräfte für den Betrieb der Anstalt unverzichtbar waren.

Damit war die Räumung der bisherigen Landesheilanstalt Neustadt abgeschlossen. Sie nahm keine Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen mehr auf und führte nun den Namen „Landeskrankenhaus der Provinz Schleswig-Holstein“.

Die übrigen Herkunftsanstalten

Außer den bisher beschriebenen größeren Anstalten gehen aus den Biografien weitere Einrichtungen hervor, aus denen jüdische Patientinnen und Patienten in Langenhorn gesammelt und kurz darauf in Brandenburg ermordet wurden: die *Landesheilanstalt Schleswig-Stadtfeld* (siehe Betty Lippmann), das *Privatsanatorium Schellhorner Berg* bei Preetz (siehe Martha Blumenfeld), die „*Privatanstalt Fräulein Clausen*“ in Friedrichsfeld/Gemeinde Prinzenmoor (siehe Martha Havelland, Luise Mattersdorf und Dorothea Dorthy Silberberg), die *Heil- und Pflegeanstalt Schwerin Sachsenberg* (siehe Martin Bragenheim) und die *Landesanstalt Neustrelitz-Strelitz* (siehe Gottfried Simon), beide in Mecklenburg. Ein Mann (Joel Falk) wurde aus der *Landesheilanstalt Marburg* in Hessen nach Langenhorn gebracht. Bei Henriette Meyer ist – wie erwähnt – nicht bekannt, ob sie schon länger in Langenhorn gelebt hatte oder zum 23. September 1940 aus einer anderen Einrichtung dorthin „verlegt“ worden war.

Die Israelitische Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Gemütskranke Bendorf-Sayn (Jacoby'sche Anstalt)

Nach der „Sonderaktion“ gegen Jüdinnen und Juden 1940/1941 wollte die „T4“-Euthanasie-Zentrale sichergehen, dass keine Patienten jüdischer Herkunft mehr in den Anstalten lebten bzw. aufgenommen würden. Deshalb ordnete der Reichsinnenminister am 12. Dezember 1940 an, dass „geisteskranke Juden“ mit sofortiger Wirkung in der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn untergebracht werden müssten. Dort wurden 1940 und 1941 45 und 251 Personen aufgenommen.⁵²

In der 1869/70 entstandenen, nahe Koblenz gelegenen Jacoby'schen Anstalt Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn waren neben wohlhabenden jüdischen Privatpatientinnen und -patienten auch von der Fürsorge unterhaltene jüdische Kranke aufgenommen worden. Für viele Menschen jüdischer Herkunft mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung stellte sie den freiwillig oder unfreiwillig gewählten Zufluchtsort dar, zumal wenn

52 Dietrich Schabow, Die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, Bendorf-Sayn 2008, S. 78.

sich ihre emigrierten oder deportierten Familien nicht mehr um sie kümmern konnten.

Wir wissen von zwei Männern und einer Frau aus Hamburg, die sich nach dem 23. September 1940 in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn aufhielten und in die Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn verlegt wurden: Walter Neumark (siehe dort) gelangte am 21. April 1941 dorthin und wurde am 22. März 1942 mit weiteren 336 jüdischen Menschen in das Durchgangslager Izbica deportiert. Er kam dort oder in einer der Mordanstalten in Ostpolen zu Tode. Der zweite Patient, Hermann Kapost, am 28. Juli 1941 in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn aufgenommen, hatte zuvor in einem jüdischen Stift in Hamburg gewohnt. Nach Langenhorn war er zur Feststellung seines Gesundheitszustandes überwiesen worden. Nachdem „lebhaftes Sinnes-täuschungen“ festgestellt wurden, kam Hermann Kapost am 17. November 1941 in die Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn und wurde von dort am 30. April 1942 nach Krasnikow/Krasniczyn bei Lublin deportiert.⁵³

Ilse Herta Zachmann (siehe dort) kam bereits am 23. oder 24. September 1940, also nicht erst aufgrund des Erlasses vom 12. Dezember 1940, in die Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn. Sie hatte – wie eingangs erwähnt – zu denjenigen gehört, die am 23. September 1940 von der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel geschickt worden waren. Doch ihrem Hamburger Anwalt war es gelungen, sie während eines Zughaltes in Berlin aussteigen zu lassen und so zunächst ihren sicheren Tod zu verhindern. Ilse Herta Zachmann lebte noch fast zwei Jahre in Bendorf-Sayn. Sie wurde am 15. Juni 1942 in einem Transport von 342 Menschen deportiert und kam in Izbica oder Sobibór ums Leben.

Arrenpflege

Aufnahme jüdischer Geisteskranker in Heil- und Pflegeanstalten

RdErl. d. RMdS. v. 12.12.1940 — IV g 7123/40-5106

(1) Der bisher noch bestehende Zustand, daß Juden mit Deutschen in Heil- und Pflegeanstalten gemeinsam untergebracht waren, hat, ganz abgesehen von der Tatsache, daß ein derartiges Zusammenwohnen Deutscher mit Juden auf die Dauer nicht tragbar ist, zu Beschwerden des Pflegepersonals und von Angehörigen deutschblütiger Kranker Anlaß gegeben.

(2) Zur Behebung dieser Mißstände ordne ich hiermit an, daß geisteskranke Juden künftig nur noch in die von der Reichsvereinigung der Juden unterhaltene Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn, Kr. Koblenz, aufgenommen werden dürfen. Die Genehmigung zur Einrichtung etwaiger weiterer derartiger rein jüdischer und jüdisch geleiteter Anstalten behalte ich mir erforderlichenfalls vor.

(3) Falls aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die Unterbringung eines geisteskranken Juden in einer deutschen Heil- und Pflegeanstalt erforderlich wird, ist für eine umgehende Weiterleitung des Patienten in die Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn zu sorgen. Den Leitern der deutschen Heil- und Pflegeanstalten obliegt die Verpflichtung, diese Weiterleitung zum frühestmöglichen Zeitpunkt sicherzustellen.

Erlass vom 12. Dezember 1940 des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern

Schabow, Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Gemütskranke in Bendorf, S. 73

53 Biografie Heinrich Kapost, siehe www.stolpersteine-hamburg.de.

Die als Jüdin geltende Langenhorner Patientin Margarete Windmüller

Die Hamburgerin Margarete Windmüller befand sich am 23. September 1940, dem Tag des Todestransportes nach Brandenburg an der Havel, und noch einige Tage länger in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Sie wurde vom Transport nach Brandenburg verschont, aber nach Berlin-Buch überführt, wo sie starb.

Die getaufte, aber als Jüdin geltende Frau hatte als Journalistin gearbeitet und der völkischen „Nordischen Gesellschaft“ angehört. Gut bekannt mit der Hamburger Prominenz bis hin zum Hamburger Reichsstatthalter Karl Kaufmann, glaubte sie sich aufgrund ihrer Verdienste um die völkische Bewegung vor Repressalien geschützt. Doch wegen ihrer als wahnhaft eingestuften Ideen wurde sie im September 1939 nach kurzer „Schutzhaft“ in die „Psychiatrische und Nervenklinik der Hansischen Universität“ Friedrichsberg und anschließend in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn eingewiesen. Ihre Krankenakte enthält den Vermerk „Entlassen 28. September 1940“. Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass an dieser Stelle zunächst „23. September 1940“ gestanden hat und die Drei mit einer Acht überschrieben wurde. Margarete Windmüller war anscheinend für den Transport der Jüdinnen und Juden am 23. September 1940 vorgesehen, wurde aber zurückgestellt und am 28. September 1940 in die Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch verlegt. Dort starb sie am 11. März 1941. Berlin-Buch fungierte wie Langenhorn als Sammelanstalt, aus der im Zuge der „T4“-Sonderaktion jüdische Menschen in Tötungsanstalten gebracht und ermordet worden waren.⁵⁴

⁵⁴ Biografie Margarete Windmüller, siehe www.stolpersteine-hamburg.de.

Namen der am 23. September 1940 aus der Heil- und Pflegeanstalt Hamburg-Langenhorn in die Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Beckmann	Leon	5. 1. 1873	Krakau	Hamburg-Neustadt, Büschstraße 7
Belzinger	Erna	13. 6. 1894	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 25a (geplant)
Benedix	Bernhard	29. 4. 1884	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 90, (geplant)
Berges	Betty	27. 4. 1890	Lübeck	Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 24 (geplant)
Berghoff	Felix	10. 6. 1894	Altona	Kiel, Flämische Straße 22 a
Berju	Käthe Alice	11. 12. 1895	Hamburg	Hamburg-Eppendorf, Loogestieg 13
Bloch	Dr. Hans	29. 11. 1895	St. Johann (Saarbrücken)	keine Adresse
Blumenfeld	Martha	20. 4. 1878	Hamburg	Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee 132
Boas	Rudolf Leo	11. 10. 1875	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rappstraße 22 (geplant)
Borchardt	Eva Leonore	18. 2. 1905	Alt-Rahlstedt	Hamburg-Harvestehude, Harvestehuder Weg 99
Bragenheim	Martin	19. 2. 1882	Güstrow	Hamburg-Harvestehude, Isestraße 86
Buchthal	Hedwig	21. 7. 1874	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Hallerstraße 52
Cahn	Julie	16. 4. 1904	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Brahmsallee 23
Cohen	Sella Amalia	7. 10. 1893	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 56
Cohn	Felix	2. 5. 1864	Freienwalde	keine Adresse
Daicz	Julius Hermann	18. 1. 1923	Lübeck	Lübeck, Fünfhausen 5, Lübeck-Vorwerk, Triftstraße 139–1943

Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Daicz	Max Isaak	30. 5. 1921	Lübeck	Lübeck, Fünfhausen 5, Lübeck-Vorwerk, Triftstraße 139–143
Daltrop	Fritz	24. 2. 1915	Harburg	Hamburg-Harburg, Großer Schippsee 34
Danciger	Regina	8. 11. 1878	Zloczew	Hamburg-Hoheluft-Ost, Heider Straße 8 (geplant)
Dessau	Gertrud	8. 12. 1873	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rutschbahn 26 (geplant)
Elkeles	Alice Jeanette	8. 12. 1894	Hamburg	Hamburg-St. Georg, Kirchenallee 43
Elkeles	Betty	3. 2. 1885	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 4 (geplant)
Engländer	Benjamin (Benno)	2. 1. 1901	Altona	Hamburg-Sternschanze, Lerchenstraße 115
Fabian	Hans	20. 6. 1893	Berlin	Hamburg-Hohenfelde, Kuhmühle 6
Falk	Joel	25. 3. 1923	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Kielortallee 22 (geplant)
Farbstein	Moraka	5. 12. 1898	Ostrowo	keine Adresse
Feld	Bertha	25. 8. 1885	Krojanke	Hamburg-Eilbek, Wandsbeker Chaussee 116
Feuerberg	Gisa (Golda)	17. 3. 1925	Czortkow	Lübeck, Triftstraße 139–143
Fraenkel	Paula	5. 3. 1903	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Kielortallee 6
Frank	Ludwig	25. 8. 1887	Schotten	Hamburg-Hoheluft-Ost, Breitenfelder Straße 60 (geplant)
Frankfurter	Anna	29.9. 1872	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bundesstraße 43 (geplant)
Friedmann	Erland Walter	11. 4. 1908	Halle/Saale	keine Adresse
Gattel	Henry	7. 11. 1885	Hamburg	Hamburg-Hammerbrook, Gotenstraße 20 (geplant)
Gerstle	Hannelore	5. 5. 1924	Nürnberg	Lübeck, Triftstraße 139–143, Hamburg-Eppendorf, Eppendorfer Landstraße 62
Glassmann	Kurt	21. 11. 1900	Ahlbeck	Hamburg-Eppendorf, Haynstraße 5

Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Goldschmidt	Ilse Jeanette	11.9. 1902	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 162 (geplant)
Goldstein	Selig Leiba	16. 8. 1885	Wilkawiski	Hamburg-Hammerbrook, Grüner Deich 165 (geplant)
Guth	Richard	9. 9. 1884	Wien	keine Adresse
Gutmann	Marianne	1. 10. 1865	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Alter Steinweg 5 (geplant)
Hauptmann	Rieckchen	26. 9. 1883	Abterode	Hamburg-Sternschanze, Bartels- straße 30, Ecke Susannenstraße
Havelland	Martha	4. 10. 1879	Bleicherode	keine Adresse
Hecht	Bertha	28. 8. 1895	Altona	Hamburg-Altona-Altstadt, Palmaille 1 (geplant)
Heilbut	Erich Alex- ander	17. 1. 1901	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 4 (geplant)
Henschel	Käthe	29.9. 1923	Hamburg	Hamburg-Hamm, Von-Hess-Weg 4
Henschel	Senta	22. 11. 1902	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Kaiser-Wilhelm-Straße 56 (geplant)
Herz	Berta	26. 10. 1900	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rothenbaumchausee 101/103
Herz	Walter	19. 5. 1899	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Rothenbaumchausee 101/103
Heymann	Henriette	5. 10. 1878	Aumund	Hamburg-Hoheluft-Ost, Husumer Straße 13
Hirsch	Albert	14. 12. 1907	Mannheim	keine Adresse
Hirsch	Marianne	22. 6. 1887	Prag	Hamburg-Hoheluft-West, Moltkestraße 50b
Hirschfeld	Ludwig Heinz	16. 6. 1915	Hamburg	Hamburg-Hoheluft-Ost, Husumer Straße 18
Hirschowitz	Auguste	12. 11. 1891	Orlau	keine Adresse
Hoffmann	Wanda	24. 5. 1894 (1890)	Leibitsch	Hamburg-Farmsen, August- Krogmann-Straße 100 (ehemals Versorgungsheim Farmsen)
Horwitz	Paul Eduard	1. 1. 1876	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Mittelweg 34

Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Insel	Alice Gertrud	19. 3. 1882	Frankfurt a. M.	Hamburg-Winterhude, Andreasstraße 16
Jacob	Harry	29. 9. 1899	Hannover	Hamburg-St. Georg, Westerstraße 27
Jelenkiewicz	Karl	27. 6. 1896	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Alte Rabenstraße 9
Jordan	Mathilde	17. 1. 1880	Speyer	Hamburg-Uhlenhorst, Oberaltenallee 60 (ehem. Versorgungsheim Oberaltenallee) (geplant)
Jurmann	Hermann	6. 11. 1908	Lübeck	Lübeck, Triftstraße 139–143
Kasarnowsky	Sophie	1894 (?)	Brovari	keine Adresse
Kaufmann	Bertha	20. 9. 1878	Stuttgart	Hamburg-Harvestehude, Oberstraße 18 (geplant)
Kaufmann	Max	25. 3. 1888	Altona	Hamburg-St. Pauli, Rendsburger Straße 7 (geplant)
Kaufmann	Maximilian	30. 9. 1906	Essen	Hamburg-Hoheluft-Ost, Abendrothsweg 23
Koppel	Johanna	15. 9. 1883	Emmerich a. R.	Hamburg-Hoheluft-West, Gneisenaustraße 17
Langsner	Amalie Malka	November 1901	Brzezany	Lübeck, Triftstraße 139–143, Lübeck, Marlesgrube 52
Laski	Carl Reinhard	11. 5. 1887	Hamburg	Hamburg-Altstadt, Kleine Johannisstraße 9
Lehmann	Luise Franziska (genannt Lilly)	3. 5. 1896	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 45
Levi	Emma	29. 5. 1892	Hamburg	Hamburg-St. Georg, Bremer Reihe 24 (geplant)
Levy	Adele	7. 12. 1875	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Heinrich-Barth-Straße 10 (geplant)
Levy	Ernestine	24. 10. 1863	Glogau	keine Adresse
Levy	Josef	12. oder 15. 4. 1872	Rodenberg	Hamburg-Eppendorf, Haynstraße 32 (geplant)

Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Levy	Richard	2. 2. 1885 oder 2. 11. 1885	Wollstein	keine Adresse
Levy	Robert Martin	1. 8. 1891	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 56 (geplant)
Lewin	Hannchen	8. 5. 1879	Rogasen	keine Adresse
Liepmann	Bernhard	24. 7. 1905	Altona	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 38
Lippmann	Betty	6. 1. 1878	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Neuer Stein- weg Ecke Ludwig-Erhard-Straße (geplant)
Löwenthal	Oscar	24. 3. 1873	Hamburg	Hamburg-Hammerbrook, Spaldingstraße 12 (geplant)
Lübeck	Ella	28. 7. 1883	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Neuer Steinweg 26 (geplant)
Maier	Therese	19. 7. 1921	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Eimsbütteler Chaussee 45 (geplant)
Mannheim	Betty	27. 2. 1887	Hamburg	Hamburg-Winterhude, Semperstraße 87 (geplant)
Marmorek	Friederike	10. 1. 1858	Hamburg	Hamburg-Hoheluft-Ost, Breitenfelder Straße 8 (geplant)
Massenbacher	Leopold	1. 1. 1896	Burghas- lach	Hamburg-Bramfeld, Wohldorfer Straße 3 (geplant)
Mattersdorf	Bronislawa Luise Doro- thea	11. 2. 1899	Berlin	keine Adresse
Meier	Arthur Samuel	14. 12. 1905	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bieberstraße 9
Mendel	Berta	6. 7. 1903	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Herrengraben 37
Meyer	Adolph (genannt Adolph Theo- dor)	11. 1. 1891	Hamburg	Hamburg-St. Pauli, Clemens-Schultz-Straße 43–45
Meyer	Betty	15. 10. 1875	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Wexstraße 29

Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Meyer	Henriette Jetta	20. 3. 1906	Hildesheim	Hamburg-Hoheluft-West, Wrangelstraße 65
Meyer	Thorwald	24. 10. 1919	Hamburg	Hamburg-Altona-Altstadt, Breite Straße 56
Michael	Karl Friedrich	24. 7. 1910	Mannheim	keine Adresse
Michelson	Lili	10. 11. 1900	Hamburg	Hamburg-Eilbek, von-Essen-Straße 5 (geplant)
Moses	Martin	9. 7. 1891	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Großneumarkt 38 (geplant)
Müller	Anton	1. 7. 1908	Wiesbaden	Hamburg-St. Pauli, Otzenstraße 3 (geplant)
Müller	Carl Hertz	11. 8. 1891	Hamburg	Hamburg-Ohlsdorf, Fuhlsbüttler Straße 605 (geplant)
Nehemias	Julius	24. 1. 1895	Hamburg	Hamburg-Winterhude, Dorotheenstraße 59 (geplant)
Neukorn	Esther	16. 3. 1886	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Herrengaben 4
Neumann	Rosa	23. 12. 1903	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Wexstraße 4, vor dem Parkplatz/Axel-Springer- Platz
Neumark	Edgar	1. 9. 1886	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 21–23
Neumark	Karl-Heinz	15. 4. 1913	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 21–23
Neumark	Richard	1. 8. 1918	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelallee 21–23
Nürnberg	Bertha	24. 10. 1874	Oberwald- behungen	Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof 83 (geplant)
Pincus	Gertha	5. 1. 1872	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Bornstraße 16 (geplant)
Posner	Margot Bertha	11. 10. 1920	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Hansastraße 28
Pumpianski	Gerda	22. 10. 1921	Königsberg	Hamburg-Rotherbaum, Schröderstiftstraße 30 (geplant)

Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Rehfeldt	Rosa	9. 12. 1870	Hamburg	Hamburg-Harvestehude, Grindelberg 5-7 (geplant)
Reichenbach	Anna	25. 4. 1868	Hamburg	Hamburg-Neustadt, ABC-Straße 2
Reiss	Bernhard	31. 10. 1871	Hamburg	Hamburg-Neustadt, Krayenkamp – vor dem Park (geplant)
Rosenblum	Ella Esther	14. 9. 1882	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Durchschnitt 8 (geplant)
Rothschild	Lucie	18. 9. 1907	Berlin	keine Adresse
Saldorf	Helena	30. 8. 1858	Hamburg	Hamburg-Altstadt, Deichstraße 29
Seligsohn	Hermann	8. 12. 1922	Hamburg	Hamburg-Altstadt, Cremon 3, vor dem Neptunhaus (geplant)
Silberberg	Dorothea Dorothy	7. 11. 1883	Grätz	keine Adresse
Simon	Gottfried	12. 12. 1885	Mannheim	keine Adresse
Sommer	Louis	20. 8. 1877	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Grindelhof, links von Hausnr. 12 (ehemals Hausnummer 14 B, Haus 16)
Stein	Arnold Abraham	7. 11. 1923	Hamburg	Lübeck, Triftstraße 139–143, Hamburg-Harvestehude, Hansastraße 21 (geplant)
Stein	Erich Elieser	3. 9. 1927	Hamburg	Lübeck, Triftstraße 139–143, Hamburg-Harvestehude, Hansastraße 21 (geplant)
Steinhart	Sonja	20. 7. 1923	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Sandweg 42 (geplant)
Süsser	Willy (Wilhelm)	6. 11. 1892	Frankfurt a. M.	keine Adresse
Sussmann	Franziska	8. 7. 1881	Moisling	Lübeck, St. Annen-Straße 7
Toeplitz	Jerubaal	16. 3. 1921	Hamburg	Hamburg-Hammerbrook, Hammerbrookstraße 90 (geplant)
Valk	Leopold	21. 2. 1884	Lübeck	Hamburg-Harvestehude, Isestraße 9
Victor	Regine	2. 10. 1880	Altona	Hamburg-Ottensen, Große Elbstraße 7 (geplant)

Namen der am 23. September 1940 deportierten Jüdinnen und Juden

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Stolperstein-Adresse
Victor	Sally	11. 5. 1889	Hamburg	Hamburg-Altona-Altstadt, Carsten-Rehder-Straße 50 (geplant)
Vogel	Louis	26. 3. 1892	Hamburg	Hamburg-Eimsbüttel, Osterstraße 85
Wallschütz	Czilli	29. 3. 1875	Kaschau	Hamburg-Altstadt, Raboisen 83 (geplant)
Warburg	Emma Maria Amalie	6. 9. 1896	Altona	Hamburg-Alttona-Altstadt, Palmaille 108
Wechsler	Sonia (Sophie)	15. 7. 1886	Nowoalek- sandrowsk	Hamburg-Eimsbüttel, Hohe Weide 74
Wehl	Line (Lina)	24. 9. 1876	Lübeck	Hamburg-Rotherbaum, Grindelberg 45
Weil	Erich	25. 4. 1922	Hamburg	Lübeck, Triftstraße 139–143
Weimann	Anna Luise/ Louise Hed- wig	19. 11. 1869	unbekannt	keine Adresse
Weinberg	Salo	27. 2. 1870	Lublin	keine Adresse
Wiesner	Gerda Regina Ruth	6. 3. 1923	Kiel	Kiel, Lerchenstraße 18
Zachmann	Ilse Herta	22. 5. 1887	Hamburg	Hamburg-Rotherbaum, Böttgerstraße 14
Zinner	Ida	29. 10. 1906	Hamburg	Hamburg-Barmbek-Nord, Stockhausenstraße 11 (geplant)
Zucker	Max	18. 8. 1891	Berlin	Hamburg-Eimsbüttel, Schwenckestraße 3 (geplant)
Zuckermann	Mathilde	25. 4. 1905	Tereblestie	Hamburg-Neustadt, Poolstraße 12 (geplant)